

Kritik im Handgemenge

Marx Engels Jahrbuch 2007. Berlin, Akademie Verlag, 204 Seiten, Preis: 39,80 Euro

Die Marxforschung steht nicht mehr im Spannungsfeld sozialdemokratischer oder kommunistischer Parteien. Aber ist diese Forschung damit dem Streit der Fakultäten zu überantworten? Die *Internationale Marx-Engels-Stiftung* glaubt, dass der Auseinandersetzung mit dem Marxismus am besten mit Historisierung, Akademisierung und Internationalisierung gedient ist. Allerdings tun sich mit oppositionellem Wissen, wie das *Marx-Engels Jahrbuch 2007* zeigt, Lehrstuhlinhaber ebenso schwer wie Theaterregisseure.

So fragt sich Matthias Steinbach, ob marxistische Theoretiker ihr politisches Engagement überhaupt mit ihren Lehrverpflichtungen in Einklang bringen können. „Die Geschichte spricht eher dagegen“, befindet Steinbach. Mit ‚Geschichte‘ meint der in Braunschweig lehrende Historiker die kurze Karriere von Karl Korsch (1886 – 1961) an der Universität in Jena. Ihrer juristischen Fakultät gehörte Korsch von 1919 bis 1924 an. Er bildete Juristen aus, er habilitierte sich und er engagierte sich für eine Studienreform. Auch machte Korsch sich für eine politische Weiterbildung stark, insbesondere für die Schulung von Betriebsräten. Steinbach beschreibt, wie das seinen Kollegen missfiel. Vollends aus dem Häuschen brachte die Fakultät, als das Korsch zum Justizminister einer rot-roten Landesregierung avancierte und nach ihrem Sturz in Schutzhaft genommen wurde. Korsch habe, gibt auch Steinbach zu verstehen, den Bogen über-

spannt. Steinbach macht Korsch zum überspannten Außenseiter, weil er seine Beteiligung an der Sozialisierungskommission nicht mit den rechts- und staatstheoretischen Debatten in der Weimarer Republik zu verbinden weiß. Und er macht ihn zum Fremdling, weil er auch keine Antenne für die Krise des deutschen Bildungsbürgertums besitzt.¹ So entgeht Steinbach, wie ihm „Korschs akademische Karriere in Deutschland“ zur Karikatur missrät.

Und Matthias Bohlender fragt sich, ob zwischen der Kritik der Verhältnisse und der ihrer Träger genügend unterschieden werde. Zumindest Marx und Engels hat Bohlender im Verdacht, in der Kritik nach zweierlei Maß zu verfahren. Dabei schätzt der Politikwissenschaftler Bohlender durchaus die Kritik der politischen Ökonomie als eine Methode des Befragens und Infragestellens. Aber im *Kapital* und noch mehr in den Schriften Engels sieht er diese Kritik mit einer anderen vermengt, nämlich der ‚Kritik im

¹ Michael Buckmiller hat gezeigt, wie Heinrich Gerland als Förderer Korsch zu seinem erbittertesten Gegner wurde. Zunächst förderte Gerland den Studenten Korsch. Gerland verhalf ihm auch zu seinem Studienaufenthalt in London, wo Korsch die Fabian Society kennenlernte. Nach Korschs Rückkehr gaben sie zusammen Seminare. Und Gerland betrieb auch Korschs Habilitation. Gerland war Mitglied der DDP, für die er auch im Reichstag saß. Aber Gerland radikalisierte seine nationalistischen Vorstellungen. 1923 trat er aus der DDP aus und in den dubiosen Thüringischen Ordnungsbund ein. In diesem Schwenk stellte sich der Dekan Gerland gegen Korsch. Seinen Platz hatte Gerland dabei schon Hans Carl Nipperdey versprochen. Insofern kam man in der Fakultät schnell überein, die Rückkehr Korschs mit der tatkräftigen Hilfe von Chargierten zu verhindern.

Handgemenge'. In der Tat ist bei Marx von einer derartigen Auseinandersetzung in *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung* die Rede: „Die Kritik, die sich mit diesem Inhalt befaßt, ist die Kritik im Handgemenge, und im Handgemenge handelt es sich nicht darum, ob der Gegner ein edler, ebenbürtiger, ein interessanter Gegner ist, es handelt sich darum, ihn zu treffen. Es handelt sich darum, den Deutschen keinen Augenblick der Selbsttäuschung und Resignation zu gönnen. Man muß den Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, die Schmach noch schmachvoller, indem man sie publiziert.“ Etwas knapper bei Bohlender zitiert – will er diese Kritikform in *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* nachzuweisen. Tatsächlich läßt sich in *Die Lage der arbeitenden Klasse ...* ein kulturkritischer Grundton ausmachen. Unter dem Eindruck unvergleichlicher Missstände scheint die Kritik durch Verhalten der herrschenden Klasse veranlasst zu sein, nämlich die Dinge treiben zu lassen. Dazu hat sich für die arbeitenden Klassen ein Bild zunehmender Verwahrlosung aufgedrängt – insbesondere im Falle der irischen Arbeitsmigranten. Dabei sei Engels entgangen, kritisiert Bohlender, wie die liberalen Kräfte in den sozialen Auseinandersetzungen gelernt hätten, den ›stummen Zwang der Verhältnisse‹ zu gouvernementalisieren. In diesem Sinne sei dann auf die Lebensführung der Subalternen Einfluss genommen worden. Allerdings fixiert Bohlender die Gouvernementalisierung in einer Metaphorik, mit der ihre Widersprüchlichkeit nicht ver-

steht. Jedenfalls kann sich eine Sozialkritik, so Bohlender, nicht auf Zeugnisse und Daten einlassen. Danach hätte in *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* keine Sozialforschung betrieben werden dürfen – womit nun Bohlender den Bogen überspannt.

Eine kritische Theorie der Gesellschaft kann also nur dann in der akademischen Welt heimisch werden, wenn sie es politisch nicht übertreibt und sich die Kritik im Handgemenge verkneift. Und wie sieht es mit der Aufnahmebereitschaft von Gesellschaftskritik in der Kultur aus? Seit 2006 wird an deutschen Theatern „Karl Marx: Das Kapital, Erster Band“ aufgeführt. Darüber informiert ein im Jahrbuch geführtes Gespräch mit seinen Regisseuren. Vor einer riesigen Bücherwand, in der schon alles eingeordnet ist, geht es ungeordnet um einen faszinierenden, aber unverständlichen Text. Thomas Kuczynski: „Die Idee, *Das Kapital* inszenieren zu wollen, ist total verückt.“ In den *Kapital*-Zirkeln der 1970er Jahre wären durchaus aufführungsreife Stücke zu finden gewesen, wenn man sie denn als autonome Bildung ernst genommen hätte.

Fritz Fiehler

Akteure der Revolution 1848/49

Helmut Bleiber/Walter Schmidt/ Susanne Schötz (Hrsg.), *Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 2, FIDES-Verlag, Berlin 2007, 935 S.*

2007 ließen die Herausgeber Helmut Bleiber, Walter Schmidt und Susanne Schötz ihren 2003 im gleichen

Verlag erschienenen ersten Band über Akteure des Revolutionszeitalters 1848/49 den zweiten Band folgen. Er enthält eine der letzten Arbeiten des inzwischen verstorbenen Helmut Bleiber, nämlich die biografische Skizze über den deutsch-katholischen Prediger Robert Brauner, einen schlesischen Landsmann des Autors.

Die in dem dickleibigen Band enthaltenen 20 Lebensbilder setzen das Bestreben der Herausgeber fort, gestützt auf eingehende Quellenforschung, ein möglichst breites Spektrum von Akteuren unterschiedlichster Herkunft und politischer Haltung vorzustellen, deren Leben wesentlich durch die Revolutionsereignisse der Jahre 1848/49 bzw. ihre Vorgeschichte und ihre Folgen geprägt wurden.

So enthält der Band Darstellungen über Leben und Wirken von konsequenten Vorkämpfern der Revolution ebenso wie von Persönlichkeiten aus dem konterrevolutionären Lager. Aber auch innerhalb dieser Gruppierungen sind die Autoren um eine sehr differenzierte Sichtweise bemüht. So bietet sich dem Leser ein sehr vielschichtiges Bild, das die einfache dichotomische Gegenüberstellung zwischen Gut und Böse zu vermeiden sucht. Das wird dadurch erreicht, dass die Autoren eingehend den Motiven des Handelns auf die Spur zu kommen suchen und die Umstände daraufhin abklopfen, welche Möglichkeiten des Wirkens sie vorfanden und welchen Zwängen sie unterworfen waren.

Wenn man es von einer ganz allgemeinen Warte betrachtet, ergibt sich aus den Lebensbildern der behandelten Männer und Frauen ein getreues

Abbild über Verlauf und Ergebnisse der deutschen Revolution in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Es erweist sich, dass dieses Ereignis bedeutende Anstöße zur Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft bewirkte, die trotz der Niederlage und des Sieges der Konterrevolution nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten. Andererseits zeigt der Band, dass die Niederlage des revolutionären Aufbegehrens schwerwiegende Belastungen für die weitere Entwicklung zur Folge hatten. Die demokratischen Strukturen und Prozeduren konnten sich nur mit erheblichen Verzögerungen und Beeinträchtigungen durchsetzen. Der Sieg der konservativen Kräfte führte dazu, dass viele Vorkämpfer für ein einheitliches und demokratisches Deutschland außer Landes getrieben wurden, um sich den ihnen drohenden Verfolgungen zu entziehen. Damit verlor die deutsche Gesellschaft aktive und potente Verfechter fortschrittlicher Veränderungen. Die vorliegenden Lebensbilder der demokratisch-revolutionären Kräfte veranschaulichen drastisch die zuweilen verdrängte Tatsache, dass herrschende Klassen erbarmungslos Rache zu nehmen pflegen, wenn sie mit knapper Not ihrer Entmachtung entkommen sind. Sie verfolgen ihre Gegner lebenslang und mit allen Mitteln. Übrigens ernten auch aus ihren Kreisen Stammende in der Regel wenig Dank, die in Krisensituationen durch Taktieren und Zugeständnisse das Überleben der bestehenden Herrschaftsverhältnisse erreichen konnten. Wenn sie wieder fest im Sattel sitzen, haben sie ausgedient, wie das in der Studie über den Berliner Poli-

zeipräsidenten Julius von Minutoli beispielhaft dargestellt wurde.

Der besondere Ingrimme der Herrschenden richtet sich gegen solche Persönlichkeiten, die aus der herrschenden Klasse stammen und auf die Seite der Revolution übergetreten waren. Dafür steht das Schicksal von Wilhelm Adolf von Trützschler, der sein Engagement für die Sache des Volkes mit dem Leben bezahlen musste und von Gustav Adolph Tschow, der bis an sein Lebensende verfolgt wurde.

In dem Band werden überwiegend Menschen vorgestellt, die ihr Schicksal mit dem Kampf um eine demokratische Erneuerung Deutschlands, sei es durch Reformen oder Revolution, verbunden hatten. Drei Viertel der 20 Beiträge sind dieser Personengruppe gewidmet. Drei Beiträge haben Leben und Wirken von Vertretern der herrschenden Klasse zum Gegenstand.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die in diesem Band enthaltenen Studien über das Wirken hervorragender Frauen. Das sind immerhin sieben der zwanzig Beiträge. Wenn man mal von der etwas zwielichtigen Gestalt der Lucie Lenz absieht, wird überzeugend nachgewiesen, dass Louise Dittmar, Johanne Goldschmidt und Emilie Wüstenfeld, Johanna Küstner-Fröbel, Henriette Obermüller-Venedey und Amalie Struwe alles andere als bloße Mitläuferinnen der überwiegend von Männern dominierten politischen Bewegung waren, schon gar nicht bloße Gesinnungsgenossinnen ihrer Ehemänner. Sie sind vielmehr Kämpferinnen mit einem eigenständigen

Profil. Sie verstanden ihren Kampf um Gleichberechtigung als unverzichtbaren Bestandteil des Ringens um eine humane, demokratisch verfasste Gesellschaft, in der den Frauen volle Mitsprache in allen gesellschaftlichen Belangen gebührt. Sie mussten diese Idee nicht nur gegen die feudal-reaktionäre Herrschaft durchsetzen, sondern auch in der demokratischen Bewegung selbst gegen männliche Widerstände. Hier zeigt sich wieder einmal, wie zählbar veraltete Anschauungen selbst bei veränderungsbereiten Kräften nachwirken können.

Eine Bereicherung des Wissens über das Wirken der Arbeiterbewegung in der Revolutionsperiode stellen jene Beiträge dar, die Vertreter des Bundes der Kommunisten und verwandter oder in Konkurrenz stehender Organisationen behandeln. Hier ist an August Herrmann Ewerbeck, Hartwig Gercke, Abraham Jacobi, Rudolph Matthäi und Victor Schily zu denken. Die Lektüre dieser Beiträge macht sehr nachdenklich, weil sich in ihnen zeigt, wie schwer sich „linke“ Kräfte seit jeher tun, in ihrem Zusammenwirken ihre Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt zu stellen und nicht die Unterschiede. Immer wieder ist zu beobachten, dass es in dieser Bewegung zu Problemen im Umgang mit Meinungsverschiedenheiten in den eigenen Reihen kam. Ein Blick auf die Gegenseite macht deutlich, dass sie viel eher zu einem Grundkonsens bereit ist, wenn es darum geht, gemeinsame Sache gegen demokratische und sozialistische Kräfte zu machen. Die Autoren verschweigen nicht, dass an solchen Friktionen und Grabenkämpfen auch

Marx und Engels nicht ganz schuldlos waren.

Ein Vorzug des Bandes besteht darin, dass die Autoren sich nicht allein auf das unmittelbar mit der Revolution zusammenhängende Verhalten der von ihnen behandelten Personen beschränken, sondern den ganzen Lebensweg ins Auge fassen. Das bedeutet auch, sich mit der Tatsache auseinander zu setzen, dass der eine oder andere sich nach der Niederlage der Revolution und dem Abebben der revolutionären Stimmung in den bestehenden Verhältnissen einrichten musste und sein Leben als „braver“ Staatsbürger beschloss, wie das bei Rudolph Matthäi zu beobachten ist. Dem Zwang, seine Existenz zu sichern, konnten sie sich unter den obwaltenden Bedingungen nur schwer entziehen.

Es gäbe noch viele andere Fragen zu erörtern, die durch diesen interessanten Band aufgeworfen werden. Es ist ihm zu wünschen, dass er viele interessierte Leser findet, vor allem aber anregt, den hier beschrittenen Wege fortzusetzen. Das wäre auch für andere Geschichtsperioden ein Gewinn.

Helmut Meier

Vielleicht ein Kult-Buch

Dietmar Dath, Maschinenwinter. Wissen, Technik, Sozialismus. Eine Streitschrift, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2008, 133 S., 10 Euro

Dietmar Dath, geboren 1970, ist ein ungemein produktiver Romanautor (u.a. Dirac, 2006, Waffenwetter, 2007, Das versteckte Sternbild, 2007, Die Abschaffung der Arten, 2008),

Popmusik- und Wissenschaftsjournalist (Spex, FAZ) und Übersetzer. Politische Aktivität in linken Zusammenhängen ist für ihn nach eigener Aussage ein auch intellektuelles Lebensmittel: „Praxis macht politisch klug; Abstinenz von ihr dumm.“

Das Zitat steht in seinem 2008 erschienenen persönlichen kommunistischen Manifest mit dem Titel „Maschinenwinter“: einem Hybrid-Text zwischen Analyse, Pamphlet, poetischen Wendungen vor dem Hintergrund von Science Fiction-Erfahrung. Die Grundthese ist nicht völlig neu: Divergenz zwischen ständig steigender Arbeitsproduktivität („Maschinen“) und atavistischer Verteilung („Sozialismus“) aufgehoben werden, sonst entstehen „zwei neue Spezies, wie die Morlocks und die Eloi bei H.G. Wells – Herren und Knechte, bei denen die Abhängigkeit der Herren von den Knechten das Ganze stabilisiert, vielleicht auf Jahrtausende.“ Um dies zu verhindern, müssen die „Menschen ihre Maschinen befreien, damit sie sich revanchieren können.“

Dath bietet eine überraschende Interpretation eines klassischen Zitats an: „Alle bisherige Geschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen“: Man hat den berühmten Satz aus dem *Manifest der Kommunistischen Partei* ausschließlich als Erklärung von etwas verstehen wollen, das man heute bereits kennt, aber nicht versteht, statt als Bestimmung von etwas, das man vorhat.“

Gemeint ist folgendes: Klassenkampf wird um die Aneignung der Überschüsse geführt, die über das zur Re-

produktion der Arbeitskraft, der Rohstoffe, Zwischenerzeugnisse und Produktionsmittel Notwendige hinausgehen. Diese steigen ständig. Deshalb ist die bisherige Geschichte in geringerem Maße Klassenkampf gewesen als die zukünftige es sein kann. Allerdings ist hier zu fragen, weshalb sich Marx und Engels nicht mit dem – von ihnen an anderer Stelle durchaus einmal benutzten – Wort „Vorgeschichte“ begnügten.

Daths Paradigma ist die Evolution: kosmologisch, biologisch, anthropologisch, gesellschaftlich. „Eigenschaften, die sich unter Selektionsdruck entwickelt haben, nennt die Biologie ‚adaptiv‘. Andere, zu denen eine Spezies zunächst unabhängig von diesem Druck gelangt, die sich später aber als nützlich erweisen, nennt sie, einem etwas bemühten Sprachgebrauch Stephen Jay Goulds folgend, ‚exaptiv‘. Zu welcher der beiden Kategorien gehört unsere Fähigkeit, zu verstehen, was geschieht? Zu welcher unsere Technik? Zu welcher unsere Gesellschaftsform – die Art, wie das Gemeinwesen Individuen integriert?“ Das Exaptive bringt Dath in Zusammenhang mit Freiheit, das Adaptive mit Notwendigkeit.

Seine Kritik an denjenigen Bestandteilen parteikommunistischer Orthodoxie, die er für falsch hält, ist höflich, streng und fair.

Im innersozialistischen Konflikt auf dem Gebiet der Kunst (Klassizismus/Sozialistischer Realismus: Lukács/Hacks gegen Modernismus: Brecht/Majakowski) entscheidet sich Dath – der ansonsten Hacks gern und zustimmend zitiert – für den Modernismus. In Kunst und Naturwissen-

schaft seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts eröffnet die Reflexion auf das „Material“ (und dessen bearbeitende Veränderung) und auf die Methoden von Darstellung und Forschung sowie deren verändernde Bearbeitung das Wahrnehmen von Realitäten, die ohne sie nicht wahrgenommen werden könnten. Das Gleiche gelte für „Higher Politics“. Auch Parteien und Verbände „luden, wie die der Künste und Wissenschaften, dazu ein, sie zum Gegenstand der Bearbeitung zu machen. Der erste, der das tat, war Lenin.“

Kapitel 32 des Büchleins kann verstanden werden als der implizite Versuch, die letzten vier Seiten im Kapitel „Bourgeois und Proletarier“ des *Manifests der Kommunistischen Partei* von Karl Marx und Friedrich Engels (MEW 4, von S. 470: „Das Proletariat macht verschiedene Entwicklungsstufen durch“, bis S. 474: „Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.“ – eine Vorstellung von Unvermeidlichkeit ist Dath allerdings völlig fremd) unter den Bedingungen des beginnenden 21. Jahrhunderts neu zu formulieren. Dath entwickelt das Konzept einer Organisation auf mehreren Ebenen, „deren Aufgaben über Arbeitskämpfe hinausweisen, nur in Einzelzügen einer Partei gleichen, wie Lenin sie sich vorgestellt hat.“

Zwar beurteilt der Autor „die magische Denkweise von Multitude-Theoretikern“ distanziert, doch das von ihm vorgestellte etwaige revolutionäre Subjekt trägt selbst Merkmale der Multitude: „Die Sklaven in Brasilien, deren Metallvorprodukte Autos in Kentucky oder Küchen in Wisconsin herstellen helfen, unter-

scheiden sich nur auf den ersten, unscharfen Blick unüberbrückbar von den Edeltagelöhnern der digitalen Boheme in Berlin.“ Ein „organischer Intellektueller‘ (Antonio Gramsci)“ erinnert ihn eher an einen Schamanen, der „politische Gemeinsamkeiten zwischen sozialen Gruppen zunächst im Symbolischen statt im materiell Praktischen zu suchen oder herzustellen“ unternimmt. „Sobald es dagegen konkret wird, liegen wir richtig.“ Falls Intellektuelle daran beteiligt sind, könnte man vielleicht von Operativen Intellektuellen sprechen – ein Begriff, den der Autor nicht benutzt.

Wo Marx/Engels von „einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung“ (MEW 4, S. 475) sprechen, argumentiert Dietmar Dath deontologisch: er entwirft, was sein soll. Insofern ist er Idealist: „'Unrecht' ist kein Begriff aus der Wissenschaft, sondern ein normativer, genau wie Sozialismus. Herren und Knechte sind beide etwas anderes als Menschen, moralisch gesprochen: *weniger*. Das Argument genügt als Grund, sie abschaffen zu wollen.“ (Kursiv im Orig.)

„Maschinenwinter“ könnte zum Kultbuch für junge Linke werden – gerade auch deshalb, weil es ein Hybrid-Text ist. Rote Großväter, derlei nicht gewöhnt, dagegen werden wohl hin- und hergerissen sein.

Georg Fülberth

Staatstheorie

Joachim Hirsch/John Kannankulam/Jens Wissel (Hrsg.), Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2008, 223 S., 29,00 Euro

Die aktuellen Diskurse über die Ursachen, die Geschichte, die Formen, die Entwicklungen und die Auswirkungen der Globalisierung haben in den letzten Jahren auch zu einer verstärkten Diskussion über die Thematiken des Staats geführt. Denn die vor sich gehende Globalisierung hat nicht nur zu gravierenden und weltweiten ökonomischen, sozialen, politischen und technischen Veränderungen geführt, sondern auch zu ganz erheblichen Auswirkungen auf das, was als Staatlichkeit bezeichnet wird. Der traditionelle territorial definierte Nationalstaat scheint sich dabei im Laufe dieser Veränderungen nach und nach immer mehr aufzulösen. Diese Entwicklungen und ihre Konsequenzen sind seit mehreren Jahren besonders intensiv nicht zuletzt auch von zahlreichen marxistischen und neomarxistischen WissenschaftlerInnen unterschiedlicher Fachrichtungen analysiert worden. Und auch die marxistische und neomarxistische Staats- und Demokratiediskussion hat dadurch seit einiger Zeit wieder einen neuen, und offenbar größeren und länger anhaltenden, Aufschwung bekommen.

Angesichts dieser neuen Diskurse ist es zu begrüßen, dass im vorliegenden Band AutorInnen unterschiedlicher Ausrichtung Gelegenheit haben, sich mit den „Klassikern“ des Staatsdenkens zu beschäftigen, diese in die ak-

tuellen Diskussionen einzubetten und zu fragen, was sich aus deren Staatsverständnis für ein zeitgemäßes Verständnis des Staates ergibt.

Der an dieser Stelle vorzustellende Sammelband ist der Band 18 in der von Rüdiger Voigt herausgegebenen Reihe Staatsverständnisse. Beginnend mit Thomas Hobbes (Bd. 1 dieser Reihe, erschienen 2000) sind inzwischen Bände über eher neuzeitlicher Denker, wie z.B. Carl Schmitt, Hermann Heller, Jean-Jacques Rousseau, Niccolò Machiavelli, Rudolf Smend, Niklas Luhmann, Max Weber, Hans Kelsen und Antonio Gramsci erschienen. Eine Ausnahme macht bislang nur ein Band über das Staatsverständnis von Cicero, des wichtigen Gelehrten der Antike.

Der Titel dieses Bandes ist nicht ganz zutreffend. Denn anders als es dieser Titel, und besonders der Untertitel erwarten lassen, beschäftigen sich die AutorInnen nicht nur mit dem eigentlichen Staatsverständnis von Marx, sondern darüber hinausgehend mit vielen grundlegenden und sehr aktuellen Themen der materialistischen Staatstheorie.

Der Band gliedert sich in drei große Themenkomplexe: Nach einleitenden Ausführungen der Herausgeber zur Problematik Marx – Marxismus – Frage des Staates folgt der erste Themenkomplex mit Beiträgen von Helmut Reichelt (Staat und Gesellschaft im Frühwerk von Marx) und Frank Deppe (Demokratie und Sozialismus) zu Karl Marx über den Staat. Daran schließt sich der Teil zum Thema Entwicklung der materialistischen Staatstheorie nach Marx mit Beiträgen von Thomas Gehrig

(Das Staatsverständnis in der marxistischen Sozialdemokratie), Joachim Hirsch/John Kannankulam/Jens Wisel (Die Staatstheorie des westeuropäischen Marxismus), Ersin Yildiz (Die verfassungstheoretischen Schriften von Marx und die Entwicklung der materialistischen Rechtstheorie) und Evi Genetti (Feministisches Denken über materialistische Staatstheorien) an. Im abschließenden dritten Teil sind Beiträge von Bob Jessop (Zur Bedeutung von Luhmann, Laclau und Mouffe für die Weiterentwicklung der materialistischen Staatstheorie), Stephan Adolphs (Ein Vergleich zwischen den Theorien von Foucault und Poulantzas) und Josef Esser veröffentlicht. Der Band wird abgeschlossen mit einigen kursorischen Reflexionen von Josef Esser über das Verhältnis zwischen materialistischer Staatstheorie und deutscher Politikwissenschaft. Demjenigen, der es bislang nicht schon gewusst hat, wird in diesen Reflexionen mehr als deutlich gemacht, wie groß der Unterschied zwischen „der in ihrer Ignoranz, Arroganz und Provinzialität kaum noch zu übertreffenden deutschen“ (Esser) Staatsdiskussion einerseits und der angelsächsischen andererseits ist. Während die deutsche politikwissenschaftliche Staatsdiskussion in ihren Mainstream heute die materialistische Staatstheorie nicht mehr wahrnimmt, geschieht das in den angelsächsischen Ländern in zahlreichen wissenschaftlich fundierten Auseinandersetzungen, wie Esser an einigen markanten Beispielen aufzeigt.

Alle Beiträge des Sammelbandes können hier nicht gleichgewichtig vorgestellt werden, wobei die Aus-

wahl der etwas genauer dargestellten Beiträge keinerlei qualitätsmäßiges Urteil gegenüber den nur kürzer skizzierten beinhaltet.

In den einleitenden Bemerkungen der Herausgeber wird gleich am Anfang auf die wesentliche Problematik materialistischer Staatstheorie hingewiesen: Zwar hat „der reife“ Marx sehr entwickelte staatstheoretische Vorstellungen in seinem Kopf gehabt, diese Konzeptionen hat er jedoch nie systematisch ausgeführt. Die im engeren Sinne staatstheoretischen Ausführungen von Marx sind demgegenüber in seiner „Frühphase“ entstanden, in der die Theorie des historischen Materialismus noch nicht ausformuliert ist und er sich noch nicht umfassend mit der politischen Ökonomie beschäftigt hat. Marx verfügt zu dieser Zeit deshalb noch nicht über das theoretische Gerüst einer „Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft“, das jedoch eine unverzichtbare Grundlage für eine materialistische Staatstheorie ist. Zu Recht weisen die Herausgeber darauf hin, dass es nicht möglich ist, eine Marxsche Staatstheorie einfach aus seinen Schriften heraus zu erarbeiten. Vielmehr müssen die Äußerungen von Marx in ihrem jeweiligen Kontext verstanden und miteinander in Beziehung gesetzt werden. Daraus folgern sie richtig, dass die Arbeit an einer materialistischen Staatstheorie sowohl den Charakter einer Rekonstruktion als auch eine Weiterentwicklung der bei Marx zu findenden Ansätze haben muss.

Der Versuch einer Rekonstruktion der Ansätze einer materialistischen Staatstheorie erfolgt in den weiteren Ausführungen der Herausgeber in

der Einleitung sowie in den Beiträgen von Reichelt und Deppe. Die Autoren analysieren dabei jeweils die Erkenntnisfortschritte bei Marx – bei Deppe auch unter Einschluss von Engels – als auch die Lücken in dessen Konzeptionen.

Diese Rekonstruktion ist zwar generell durchaus gelungen, aber er werden auch zwei große Mängel des Inhalts und der Konzeption dieses Bandes offensichtlich: Es fehlt einerseits weitgehend eine kritische Berücksichtigung der Schriften von Engels, und andererseits stützen sich sämtliche AutorInnen aus unerfindlichen Gründen nur auf die in den MEW-Bänden veröffentlichten Schriften, nicht jedoch auf die sehr viel größere Materialbasis, die der Wissenschaft heute durch die schon erschienenen Bände der ME-GA zur Verfügung steht.

In ihrem Beitrag über die Staatstheorie von drei wesentlichen Repräsentanten des westlichen Marxismus – Antonio Gramsci, Louis Althusser und Nicos Poulantzas – sowie der so genannten Staatsableitungsdiskussion in der BRD der 1970er Jahre gehen Hirsch/Kannankulam/Wissel auf zwei der wichtigsten Stränge in der Fortentwicklung materialistischer Staatstheorie ein. Die Autoren skizzieren in ihrem Beitrag – nach sehr kurzen Hinweisen auf die Bedeutung von weiteren Vertretern des westlichen Marxismus: Otto Kirchheimer, Franz Neumann und August Thalheimer – zwar recht knapp, dabei aber sehr pointiert die wesentlichsten Aspekte deren Weiterentwicklungen der materialistischen Staatstheorie.

So sehr dieser Band auch zu begrüßen ist – und genauso der Band in

dieser Reihe über das Staatsverständnis von Antonio Gramsci, der sinnvoller Weise zusammen mit dem hier vorgestellten Band gelesen werden sollte – so geben diese beiden Bände doch nur einen sehr kleinen Ausschnitt aus den umfangreichen historischen und den aktuellen marxistischen und neomarxistischen Diskussionen über den Staat wider.

Unverzichtbare Untersuchungen von DenkerInnen wie etwa von Friedrich Engels, Lenin, Rosa Luxemburg, Nikolai Bucharin, Otto Kirchheimer, Franz Neumann, August Thalheimer, Max Adler, Jewgeni Bronislawowitsch Paschukanis, Wolfgang Abendroth, Louis Althusser, Helmut Ridder, aber auch zu dem Staatsdenken etwa von Ferdinand Lassalle und Eduard Bernstein, fehlen bedauerlicherweise noch immer. Es ist zu wünschen, dass die Reihe Staatsverständnisse weitergeführt wird und auch sehr bald Bände über diese und über weitere AutorInnen erscheinen werden.

Andreas Diers

Der Doppelcharakter des Rechts

Sonja Buckel, Subjektivierung und Kohäsion. Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts, Velbrück-Verlag, Weilerswist 2007, 360 S., 38,- Euro

Während der Staat in der marxistischen Tradition häufig Gegenstand von Debatten und Analysen war, fristet das Thema Recht dort eher ein Schattendasein. Sonja Buckel tritt mit ihrer Dissertation gegen diese „Unterthematierung der Rechtsform“ (255) an und will zugleich ei-

ne auf der Höhe des aktuellen rechtstheoretischen Diskurses argumentierende Rekonstruktion materialistischer Analysen liefern.

Im Zentrum ihrer Überlegungen stehen die vielfältigen Ambivalenzen des modernen Rechts: Es changiere zwischen gesamtgesellschaftlicher Situiertheit und autopoietischer Selbstständigkeit, zwischen Praxis und Verdinglichung, reflexiver Selbstthematisierung der bürgerlichen Gesellschaft und fetischistischer Verdeckung derselben, Machtbasiertheit und Machtaufschub durch seine universelle Form, Gleichbehandlung und ungleichheitsreproduzierendem sozialem Inhalt (72f., 312ff.). Dieser eigentümliche „Doppelcharakter“ (314) erfordere einen spezifischen analytischen Zugriff auf dieses Phänomen. Es dürfe weder auf seine gesellschaftliche Konstitutionsbasis reduziert werden, noch könne von seiner „absoluten Autonomie“ (135) ausgegangen werden.

Um das Spannungsfeld juridischer Formen und ihrer Thematisierung abzustecken, zeichnet Buckel vorab (Teil A) mit Habermas' Diskurs- und Luhmanns/Teubners Systemtheorie zwei prominente Ansätze moderner Rechtstheorie nach. Während Habermas auf der Rechtsform als zur Lebenswelt und kommunikativen Praxis wie der darin implizierten Legitimationsfigur der idealen Sprechsituation hin offenem Medium gesellschaftlicher Selbstorganisation bestehe, darüber aber die systemische Eigendynamik des Rechts aus dem Blick verliere und seine internen Beziehungen zur Herrschaft ausblende (62), betonten Luhmann und Teubner in unterschiedlicher Weise

die Selbständigkeit und Abdichtung des Rechts gegenüber Fragen legitimer oder rationaler Steuerung sozialer Verhältnisse. Dabei werde das Recht von ihnen aber nach der durchaus zutreffenden Beschreibung seiner Ausdifferenzierung zum Quasi-Subjekt hypostasiert und seine Verbindung zur routinisierten Alltagspraxis gekappt (37, 40). Trotz dieser Betonung der ‚operativen Geschlossenheit‘ des Rechtssystems blieben Motive einer nur relativen Autonomie desselben im Denken Luhmanns präsent (34). Seine Hervorhebung der „Paradoxien“ des Rechtssystems (24, 45), der Implikation machtbasierter Rechtsbegründungen und interpretationsoffener Rechtsentscheidungen, die zur Ergreifung von „Entparadoxierungs“-Strategien zwingen (so tun, als gebe es eine rechtliche Begründung des Rechts; so tun, als seien abstrakte Normen eindeutig), verweise zudem unfreiwillig auf den ganz und gar nicht stabilen, eben nicht durch interne ‚Evolution‘ zu bearbeitenden, konfliktuösen Charakter des Rechtssystems (46f.) – Buckel spricht von Techniken der „hegemonialen Entparadoxierung“ (247), also der Eingelassenheit juridischer Praxis in gesellschaftliche Kämpfe um Legitimität und gültiges Recht.

Teil B ihrer Arbeit enthält nun den Versuch, formanalytische, (neo-)gramscianische und poststrukturalistische Perspektiven auf das Recht zu rekonstruieren. Buckel betrachtet zunächst die Entwicklung des marxistischen Rechtsdiskurses von den ersten Überlegungen zur Eigenständigkeit des Rechts bei Franz Neumann und Otto Kirchheimer, über die Be-

gründung der formanalytischen Programmatik bei Eugen Paschukanis, bis hin zur westdeutschen Staatsableitungsdebatte. Während insbesondere Neumann das Spannungsverhältnis von Gewalt und Gesetz, d.h. auch die von ihm so genannte ethische Dimension des Rechts betont habe, aber keine Erklärung für dessen relative Autonomie angeben könne (92), stelle Paschukanis gerade die Analyse der Rechtsform ins Zentrum seines Essays aus dem Jahre 1924. Obwohl Buckel selbst auch in der Tradition des Gramscianismus und Postmarxismus steht und durchaus die Grenzen des Warenform-Rechtsform-Ansatzes von Paschukanis sieht (methodische Unklarheiten, Privatrechtsprimat), verteidigt sie ihn dennoch gegen die Vorwürfe des Ökonomismus, Zirkulationismus und der Geschichtsteologie. Hier hebt sie sich wohlthuend von anderen Beiträgen (von Poulantzas bis Maihofer) ab, denen sie zu Recht bescheinigt, lediglich „das Althusser-Verdikt“ (109) über einen vermeintlichen Hegelmarxismus zu verhängen.

Die Behandlung der an Paschukanis thematisch anschließenden Staatsableitung fällt zwar angesichts der Komplexität der Debatte etwas zu knapp aus, doch auch hier bemüht sich Buckel um eine faire Einschätzung. Zwar rücke das Recht bei einigen Vertretern mehr ins Zentrum (124f.), es bleibe aber immer der staats-theoretischen Fragestellung untergeordnet. Dennoch werde hier der Begriff der Form deutlicher akzentuiert und auch Burkhard Tuschlings quasi-hobbesianischer Hinweis auf die Nicht-Reflexivität des Rechtssystems, die ständige Anwesenheit der

regellosen Maßnahme im Recht selbst, findet Erwähnung (125f.). Allerdings treffen auch Buckels Einwände die Staatsableitung nicht immer: Die Vorwürfe des Funktionalismus (127) und Ahistorismus (130) beispielsweise sind gegenüber einer dem eigenen Anspruch nach begrifflichen Analyse des systematischen Zusammenhangs von sich wechselseitig implizierenden Momenten eines Reproduktionskreislaufs unangemessen. Geschichte zeigt hier per definitionem die Grenze einer solchen Darstellungsweise an und die wechselseitige Implikation von Bestimmungen bedeutet noch keine funktionalen Fehlschlüsse bzw. telekausalen Erklärungen. Daher befremdet auch Buckels These, Isaac Balbus habe im Jahr 1977 „als erster“ danach gefragt, „welche Form menschliche Beziehungen annehmen, wenn sie als rechtliche auftreten“ und dies mit einer aus derselben Herkunft qua kapitalistischer Vergesellschaftungsform resultierenden „Homologie“ (133) von Waren- und Rechtsform erklärt. Dies findet sich aber bereits, wenn auch methodisch oft noch undeutlich, bei Paschukanis.

Die Untersuchung der Linie Gramsci-Poulantzas-Foucault nimmt nun den größten Raum der Rekonstruktion ein. Die konsensgenerierende Funktion des Rechts sowie die Anwesenheit sozialer Auseinandersetzungen innerhalb der Rechts- und Staatsform werden als Erkenntnisse Gramscis und Poulantzas' hervorgehoben. Zwar entnimmt die Autorin letzterem den Titel ihrer Arbeit – Poulantzas beschreibe die Funktion des Rechts als Gleichzeitigkeit von Subjektivierung und Kohäsion der

modernen Individuen (152) – doch gesteht sie ihm nicht zu, das Problem der relativen Autonomie des Rechts gelöst zu haben (160ff.). Hier hätte Buckel allerdings deutlicher werden müssen. Dass Poulantzas lediglich unterstellt, es gebe eine „enge Beziehung“ der formalen Abstraktheit des Rechts mit den fragmentierten Subjekten der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und ihrer Anordnung im Arbeitsprozess (156), dass er zudem der Staatsableitung Zirkulationismus vorwirft, weist darauf hin, dass er sowohl den Begriff der Waren-, als auch den der Rechtsform systematisch verfehlt: Produktionsbedingungen und Arbeitsprozess gelten ihm als ‚wahrhaft marxistische‘ Gegenstände, der Austausch bleibt ihm ein luftiges Phantom.

Zwar haben Paschukanis und Balbus geradezu in systemtheoretischer Manier (35) auf die Konstitution von Menschen zu Rechtssubjekten in spezifischen sozialen Verhältnissen hingewiesen, doch, so Buckel, betrachteten sie diese Menschen als „präexistente Einheiten der ersten Natur“ (136, 37). Die gesellschaftliche und herrschaftliche Hervorbringung dieser zu verrechtlichenden Individuen (der ganz und gar nicht ‚zoologischen‘ Subjekte unterhalb der Rechtsform) sei nun das Thema der Foucaultschen Machtanalytik, deren Schilderung Buckel ein umfangreiches und erhellendes Kapitel widmet. Für eine genuine Rechtstheorie hat Foucault aufgrund seiner dürftigen und im Banne einer Befehlstheorie verbleibenden Rechtskonzeption allerdings wenig zu bieten. Buckel moniert diese denn auch als ‚strafrechtsfixiert‘ (210) und ten-

denziell instrumentalistisch („Reduktion des Rechts auf eine Taktik“ der Regierung), während es an anderer Stelle bisweilen scheint, als Teile sie seine Repressionstheorie des Rechts (181).

Im Zentrum von Teil C steht Buckels Verständnis des Rechts als von Macht-Konflikten durchzogene soziale Form. Sie folgt Joachim Hirsch in seiner Bestimmung des Begriffs der Form als verselbständigter, versachlichter und fetischisierter Gestalt eines spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisses, das soziale Antagonismen prozessierbar mache (230). In Anlehnung an Helmut Brentels Differenzierung des ökonomischen Formbegriffs wird Recht daraufhin zunächst als realabstraktive Form der gesellschaftlichen Einheit der Akteure begriffen (Form I – parallel zum Wert), als Synthesis der Willen unter der Bedingung und mit der Folge ihrer systematischen Dissoziation in privat-isolierte (237ff.). Diese Ebene der im kapitalistischen Alltag der Akteure beständig unbewusst praktizierten und reproduzierten Rechtsform benötige eine materielle Existenzweise – die „juridischen Verfahren“ (240), die in Gestalt von Gerichtsprozessen, Gesetzgebungs- und Verwaltungsakten sowie der Rechtsdogmatik „das Recht nicht den Alltagshandlungen der Subjekte“ überließen. Diese „Rechtsform II“ entspreche der Wertform bzw. Brentels ‚Form II‘ als materieller Repräsentationsform von Wert. Sie sei eine Darstellung rechtsförmiger Alltagspraktiken, welche die Rechtssubjekte als ihren spezifischen Regeln, Sprachcodes und sozialen Ausschließungsmechanismen Unterworfenen in

das Recht einschlossen und zugleich die Spuren ihrer Verselbständigung aus der Alltagspraxis verwischten (242). Damit sei die relative Autonomie des Rechts – seine Verwiesenheit auf die Alltagspraxis wie seine Selbständigkeit und eigene institutionelle Dichte – erwiesen. Diese bereits in der abstrakt-allgemeinen Rechtsform I angelegte relative Autonomie des Rechts gegenüber Zugriffen partikularer Interessen bzw. Willensinhalten verfestigte sich also in den juridischen Verfahren. Die Ambivalenz des Rechts bestehe in seiner Abkopplung von der ‚Lebenswelt‘, den Prinzipien rationaler Steuerung und Volkssouveränität (245) und zugleich in der „Verzögerung und Erschwerung des Durchgriffs unmittelbarer Machtansprüche“ (246): „Nur dann, wenn die Rechtsform in ihrer relationalen Autonomie vorliegt, die den unmittelbaren Zugriff selbst mächtiger gesellschaftlicher AkteurInnen verunmöglicht oder zumindest erheblich erschwert, kann in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften in Bezug auf soziale Normen von ‚Recht‘ gesprochen werden“ (244). Das Gewaltmonopol des Staates sei dabei nur eine der Ermöglichungsbedingungen der Autonomie der Rechtsform (244), wichtiger noch seien Gerichte mit ihren „Entparadoxierungstechniken“ der letztinstanzlichen Entscheidung (248f.) oder die Rechtsdogmatik mit denen der Systematisierung und hegemonialen Auslegung von einzelnen Rechtsnormen („herrschende Meinung“). So würden Uneindeutigkeit, Unbegründbarkeit und die sich darin einnistenden Machtkämpfe vorübergehend in spezifischer hegemonialer Form eingefroren und

,invisibilisiert’.

Die Bemerkungen der Autorin zum Verhältnis von Staat und Recht (255-259) bleiben allerdings merkwürdig blass. Buckels Strategie in Teil D, eine empirische Untersuchung über die Rechtsentwicklung im Rahmen der EU an die Stelle abstrakter theoretischer Aussagen zu setzen, kann nicht ganz überzeugen, da sie letztlich in der zwar nachvollziehbaren, aber doch auch wiederum recht allgemeinen Folgerung mündet, es lasse sich hier ein „Auseinandertreten von Rechts- und politischer Form“ (303) konstatieren, was auf die Eigendynamik des Rechtssystems verweise. Andererseits bleibe „die Rechtsform auch in der EU immer noch auf die politische Form verwiesen“.

Der letzte Teil (E) der Arbeit resümiert noch einmal die vielfältigen Ambivalenzen der Rechtsform. Buckel wendet sich sowohl gegen konfliktsoziologische Machtontologien im Stil von Laclau/Mouffe, die eine Ewigkeit rechtsförmiger Vergesellschaftung nahelegen, als auch gegen eine vermittlungslose Negation des Rechts im Hier und Jetzt und damit gegen die schutzlose Auslieferung auch noch der Subalternen an pure Macht. Dennoch verdeutlicht sie, dass das Recht die ihm legitimations-theoretisch aufgebürdete Funktion rationaler gesellschaftlicher Selbststeuerung durch seine eigenen Formen konterkarriere. Demokratie im emphatischen Sinne der Selbstvergesellschaftung der Menschen sei mit der Rechtsform nicht vereinbar.

Man mag zwar in einigen Details durchaus anderer Meinung sein als die Autorin und zumindest für den

Rezensenten sind pseudotiefsinnige systemtheoretische Begriffe (wie „Paradoxie“ für ganz und gar nicht paradoxe Sachverhalte) ebenso gewöhnungsbedürftig, wie poststrukturalistische Duftmarken (neben dem positiven Bezug auf den Körpersoziologismus einer Judith Butler auch die beständige Verwendung des Wortes „Praxen“ für ‚Praktiken‘). Dennoch beinhaltet Sonja Buckels Arbeit nicht nur einen brauchbaren Überblick über wichtige Positionen materialistischer Rechtstheorie, sie bietet zudem eine interessante Synthese vordergründig divergierender sozial- und rechtstheoretischer Ansätze.

Ingo Elbe

Politisches Denken im 20. Jahrhundert

Frank Deppe, Politisches Denken im Kalten Krieg, Teil II: Systemkonfrontation, Golden Age, antiimperialistische Befreiungsbewegungen, VSA-Verlag, Hamburg 2008, 380 Seiten, 26,80 Euro

Der dritte Band von Frank Deppes Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert umfasst die Zeit zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Auflösung der Sowjetunion sowie des sozialistischen Lagers. Nachdem er im ersten Teil (siehe Z 67/186ff.) die allgemeinen Entwicklungslinien beschrieben und die Veränderungen in Politik und Gesellschaft analysiert hat, setzt sich Deppe im nun vorliegenden zweiten Teil mit bedeutenden DenkerInnen auseinander. Diese repräsentieren zwar „nicht das gesamte politische

Denken in der Epoche des kalten Krieges“ (26), stehen aber quasi idealtypisch für die bestimmenden Momente und Prozesse in Politik, Kultur und Ideologie nach 1945.

Den Reigen der Analysen und biografischen Porträts eröffnet Hannah Arendt, die „in den ideologischen Schlachten des Kalten Krieges durch den Welterfolg ihres Totalitarismusbuches in der vordersten Frontlinie (stand) ... Generationen von Studierenden der Politikwissenschaft, von Sozialkundefachlehrern und Journalisten im Westen haben Hannah Arendt als Kronzeugin benannt, wenn sie Faschismus und Kommunismus gleichsetzten.“ (79) Trotz ihres propagandistischen Werts stellen „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ keine „Theorie“ zur Erklärung des Faschismus und des Stalinismus dar, da sie den historischen Ereignissen übergestülpt sind und es selbst den eifrigsten Forschern des nach der Wende in Dresden errichteten Hannah-Arendt-Instituts – nach eigener Aussage – auch in jahrelanger Arbeit nicht gelungen ist, „gemeinsame Bezugspunkte zwischen NS- und Sowjetdiktatur zu finden“. Für Arendt, die sich als „Bewahrerin eines liberalen und republikanischen Geistes in der Tradition eines Alexis de Tocqueville“ (80) verstand, war das Zeitalter des Totalitarismus der Sieg der „Massengesellschaft“ über die Freiheit: „Was den modernen Menschen so leicht in die totalitären Bewegungen jagt und sie so gut vorbereitet für die totalitäre Herrschaft, ist die allenthalben zunehmende Verlassenheit.“ Die Klage der Heidegger-Schülerin über existentielle Verlassenheit und die Kälte der Gesell-

schaft steht ganz in der Tradition des obligaten bürgerlichen Massendiskurses seit Le Bon. Ihre Lobpreisung der amerikanischen Revolution („On Revolution“) wies sie als typische elitäre Liberale aus. Selbst ihre „Konzeption einer ‚halbierten Revolution‘, die nur für die Freiheit, nicht aber für soziale Gerechtigkeit wirkt“ (74) lässt sie nicht für alle Menschen gelten. Die amerikanische Revolution und Hannah Arendt verweigern bestimmten Gruppen schlicht die Freiheit: den Sklaven und den Ureinwohnern. Generell gilt ohnehin: „Gegenüber dem neuzeitlichen sozialwissenschaftlichen Denken und einer kritisch-materialistischen Politikanalyse gibt es bei Hannah Arendt eine gleichsam strukturelle Blockade.“ (74) Deshalb ist nicht so recht einsichtig, warum Deppe meint, dass „die Erneuerung eines kritischen – antikapitalistischen – Denkens an dem Werk von Hannah Arendt nicht vorbei (kommt).“ (80)

Das zweite Kapitel ist Wolfgang Abendroth gewidmet, der die Tradition des linken Flügels der deutschen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik repräsentierte und von 1952 bis 1972 an der Universität Marburg Politikwissenschaft lehrte: „Abendroth war gleichsam die Personifikation eines ‚Arbeiterbewegungsmarxismus‘, der seine wesentlichen Impulse ebenfalls aus den Klassenkämpfen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geschöpft hatte. Für den Intellektuellen dieses Typus war es selbstverständlich, dass er seine spezifischen intellektuellen Fähigkeiten, sein Wissen, seine Reflexion, in den Dienst des Kampfes um die Verbesserung und die schließliche Aufhebung der pro-

letarischen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu stellen hat. Durch die Mitgliedschaft in den Organisationen der Arbeiterbewegung und die Teilnahme an deren Kämpfen war zugleich gewährleistet, dass die Intellektuellen immer auch den praktischen Stellenwert ihrer theoretischen Arbeit und Qualifikation erfahren konnten.“ (136) Als Theoretiker hat Abendroth vor allem die Bedeutung des Rechts und der Verfassung für die Arbeiterbewegung herausgearbeitet. Er war der Auffassung, dass politische Demokratie und Menschenrechte nur gesichert sind, wenn sie durch Elemente der Wirtschaftsdemokratie ergänzt werden. Zudem betonte er, dass der zivilisatorische Fortschritt der bürgerlichen Revolution (Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, Erklärung der Menschenrechte) auch im Übergang zum Sozialismus nicht dauerhaft preisgegeben werden darf. Gleichsam als Epitaph und Vermächtnis schreibt Frank Deppe, der sein Schüler und Nachfolger in Marburg war: „Im Ergebnis der großen Umwälzungen seit 1989 ist die konkret-historische Gestalt des ‚Arbeiterbewegungsmarxismus‘, wie ihn Wolfgang Abendroth vertreten hat, historisch geworden. Die Verbindung zwischen der Theoriarbeit der Intellektuellen, den praktischen Kämpfen der ‚Subalternen‘ und den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, die das Ziel der sozialen Gerechtigkeit und der Überwindung des Kapitalismus vertreten, müssen in jeder geschichtlichen Periode neu erarbeitet werden.“ (137)

Auch der Ökonom John Kenneth Galbraith verstand den Wissenschaftler als politisch intervenierenden In-

telektuellen. Um hierbei erfolgreich zu sein, muss man sich nicht nur in den Netzwerken der politischen und sozialen Eliten einfügen, sondern auch seine Erkenntnisse in klarer Sprache publikumsgerecht vortragen. Letzteres war die besondere Fähigkeit Galbraiths, der mit „Gesellschaft im Überfluß“ (1958) nicht nur einen Bestseller und die Bibel der Sozialliberalen weltweit schrieb, sondern auch ein Bild des in den USA in jenen Jahren grosso modo praktizierten Keynesianismus lieferte. Die „Überflußgesellschaft“, d.h. der Kapitalismus der Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg wird durch die Akkumulationslogik der großen Konzerne dominiert und die daraus resultierenden Widersprüche können laut Galbraith durch die Intervention des Staates gelöst werden. Als zentrale gesellschaftliche Problemereiche nennt er den Widerspruch zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut, die Zerstörung der Umwelt und der Natur sowie die Irrationalität des Wettrüstens und dessen ökonomische Aspekte. Doch der Staat intervenierte naturgemäß nicht in Galbraiths Sinn und so steckte nicht einmal zwei Jahrzehnte später das Monopolkapital in extremen Schwierigkeiten. Die Profite und der Glaube an die „Überflußgesellschaft“ waren verschwunden, die große Liberalisierungswelle, für die Milton Friedman eine theoretische Begründung lieferte, begann: „Insofern repräsentieren Friedman und Galbraith nur zwei – gleichsam extreme – Pole des politisch-ökonomischen Denkens innerhalb der bürgerlichen Klasse, die in jeweils unterschiedlichen historischen Konstellationen zu ihrem Recht

kommen.“ (194) Grundlegende Kritik an Galbraiths Analyse und Konzeption wurde – wie Deppe darstellt – von den US-amerikanischen Marxisten Baran und Sweezy formuliert, die auch für die Renaissance marxistischen Denkens in der BRD eine wichtige Rolle spielten. Was leider fehlt, ist der Hinweis auf die Beiträge von Dobb, Kalecki und Lange in der Auseinandersetzung um „Vergeudungskapitalismus“, Rüstungsindustrie, Monopol und Staatsintervention. Diese stellen nicht nur eine ökonomische Kritik an Keynes bzw. seinen amerikanischen Schülern dar, sondern sind gesellschaftswissenschaftliche Analysen des „organisierten Kapitalismus“, die für die Strategie-debatten der westeuropäischen Arbeiterbewegung in den 1960er Jahren von Bedeutung waren und noch heute Argumente gegen den Neoliberalismus liefern.

Am Beispiel von Simone de Beauvoir und Jean-Paul Sartre diskutiert Deppe das Problem intellektuelle Autonomie und Engagement, das der eigentliche rote Faden seines Buches ist. Beide hatten sich ursprünglich nicht für Politik interessiert und waren erst durch den Krieg und die Kontakte zum antifaschistischen Widerstand zu engagierten Literaten geworden bzw. deren prominenteste Repräsentanten im Nachkriegseuropa. Die Option Klassenverrat á la Lukács existierte für sie nicht. Da das Publikum des Intellektuellen die bürgerliche Welt ist, kann er nur – wie Sartre formulierte – „Pfahl im Fleisch“ der Bourgeoisie sein. Diese Theorie entsprach insofern der Realität, als beide zur „anderen Welt“ des Proletariats, d.h. dessen Alltagsleben

und -kultur, keine Beziehung hatten. Obwohl von Intellektuellen und Medien heute quasi als tote Hunde behandelt, ist, wie Deppe hervorhebt, von aktueller Bedeutung, dass Sartre und Beauvoir an der Schnittstelle von intellektueller Autonomie und politischem Engagement für die Subalternen das für ihre Philosophie und politische Option zentrale Problem der Freiheit festgemacht haben: „Dieser Ansatz, den Marxismus als Philosophie der ‚freien Subjektivität‘ zu denken, ohne dabei auf die Kapitalismuskritik und die Klassenanalyse zu verzichten, wird auch im 21. Jahrhundert im Zusammenhang der Rekonstruktion des marxistischen Denkens – als Überwindung seiner tiefen Krise, in die es seit den Niederlagen der Linken in den 70er Jahren, vor allem aber seit der welthistorischen Wende der Jahre 1989/91 geraten ist – nicht zu übersehen sein.“ (282)

Das letzte Porträt ist Ernesto Che Guevara gewidmet, der eine neue Generation von Berufsrevolutionären personifiziert. Für Deppe Anlass zu einer kurzen und präzisen Geschichte des modernen Berufsrevolutionärs von Blanqui bis Ho Chi Minh. Indem er auch die Debatte um die Wirtschaftsreform und den „neuen Menschen“ in Kuba ausführlich darstellt, korrigiert er das von Pseudorevolutionären des Jahres 1968 in die Welt gesetzte falsche und logischerweise letztendlich zum Konsumlogo verkommene Bild des Revolutionärs. Auch wenn Guevaras theoretische Position in der Debatte um Mensch und Sozialismus in Kuba einen eher voluntaristischen Charakter hatte und seine Focus-Theorie bestimmte

Konstellationen falsch einschätzte, „hat er diese Fehler in dem Bewusstsein begangen, dass er dabei die Ziele der antiimperialistischen Revolution am besten vertritt“. (347) Und entscheidend ist: „Diese Ziele waren in letzter Instanz keine politischen und militärischen Ziele. Die gewaltsame Eroberung der politischen Macht (also die erste Phase der Revolution) ist notwendig, um jene sozialökonomischen und politischen Umwälzungen einzuleiten, die die große Masse des Volkes aus einer jahrhundertlangen Abhängigkeit, Unterdrückung und Unmündigkeit befreien und es in die Lage versetzen, das Elend zu überwinden und selbstbewusst eine Demokratie ‚von unten‘ aufzubauen.“ (347)

Abschließend gibt Deppe einen Ausblick auf den vierten Band, der „das politische Denken am Ende des 20. Jahrhunderts bzw. im Übergang ins 21. Jahrhundert zum Gegenstand haben“ (350) wird. Und dadurch wird eine Leerstelle in seinem Projekt deutlich: Welche politische Theorie bzw. welches politische Denken hatte der Block des Realsozialismus dem Westen entgegenzusetzen? In Italien und Frankreich gab es kommunistische Massenparteien, die politische Theorien und strategische Vorstellungen entwickelten. War das alles zu dogmatisch, zu realitätsfern, zu unbedeutend – sozusagen nichts? Kannten die Kommunistischen Parteien kein „politisches Denken“, nur Pragmatismus? Der weiße Fleck ist vor allem deshalb bedauerlich, weil Frank Deppes „Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert“ nichts weniger ist, als das Standardwerk für alle am Marxismus interes-

sierten Leser. Und „alle“ meint auch „alle“, da die „Geschichte“ gut, um nicht zu sagen spannend, zu lesen ist und voll interessanter biografischer und kulturhistorischer Informationen und Details steckt.

Karl Unger

Weichenstellung

Stefan Bollinger, 1968 – die unverstandene Weichenstellung, Karl Dietz Verlag, Berlin 2008, (Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 44), 142 S., 14,90 Euro

Bollingers Anliegen ist ein doppeltes: zum einen Zusammenhänge bzw. Ähnlichkeiten sowie Unterschiede der Vorgänge des Jahres 1968 in West und Ost zu ergründen, und zum zweiten diese Vorgänge als Kulmination eines historischen Prozesses begreiflich zu machen, der viele Jahre zuvor einsetzte, ökonomische, soziale, gesellschaftspolitische und geistig-kulturelle Umbrüche, sozusagen eine umfassende „Weichenstellung“ in West und Ost auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Dieses Herangehen ist verdienstvoll, da es der Verfasser versteht, die verbreitete selektive Darstellung der Ereignisse des Jahres 1968 zu überwinden. Auslegbar ist seine provozierende Andeutung im Titel, wer die anstehende Weichenstellung nicht verstanden hätte. Offenbar gilt die folgende Feststellung als eine mögliche Antwort: „Die Niederlage 1968 war eine doppelte und vertrackte. Die sowjetischen Panzer schafften Ruhe und Ordnung, die aber nur ein Jahrzehnt halten sollten, weil die herrschenden Kommunisten in Moskau und im Ostblock nicht begriffen, worum es da-

mals ging. Auf der anderen, westlichen Seite: Die Anpassungsfähigkeit der Eliten, neue Fragestellungen einzubeziehen, politische Demokratie zivilgesellschaftlich zu erweitern und die Ideologiekonfrontation aufzulockern, sie sozusagen ‚flauschiger‘ zu machen. Dabei gingen sie gleichzeitig einen Weg, der den Staat, die politische Macht von den ökonomischen Prozessen weitgehend zu trennen und den unsichtbaren Händen der Unternehmer, der Wirtschaft, des Kapitals Vorrang zu gewähren schien.“ (31)

Um die Bewegungen und Ereignisse des Jahres 1968 in langfristig wirkende Prozesse einer Umwälzung von internationaler Dimension einzuordnen, bezieht er sich auf Wallersteins Begriff einer „Weltrevolution“.

Bollinger bemängelt die aus westlicher Sicht einseitige bzw. getrennte Aufarbeitung der Bewegungen und Ereignisse des Jahres 1968 im Westen und im Osten. Aus diesem Grunde hebt er die in globaler Dimension Ende der 1960er Jahre vorhandenen vielfältigen unterschiedlichen „Schauplätze“ hervor, auf denen es eine Reihe von „Berührungspunkten“ gegeben hätte, die er resümierend benennt: Im Kapitalismus revoltierende Jungintellektuelle gegen Krieg, gegen das repressiv-manipulierende Regime und für eine sozialistische Perspektive, aber mit Distanz zum realen Sozialismus; in Osteuropa Reformversuche für einen effizienteren, demokratischeren Sozialismus, zum Teil verbunden mit antisowjetischen Einstellungen und pluralistischen Ideen, was auch in den Machtkämpfen innerhalb kommunistischer Parteien ihren Niederschlag fand; Wandel in der

Auseinandersetzung der Systeme, von dem sowohl Erfolge wie Misserfolge in den nationalen Befreiungsbewegungen und in linken Bewegungen, beispielsweise in Vietnam, in Palästina, in Chile, in Bolivien nicht unbeeinflusst blieben; Bürgerrechtsbewegungen, besonders in den USA gegen die Rassendiskriminierung; machtpolitische und ideologische Auswirkungen des Kurses der KP Chinas unter Mao Tse-tung, wobei die „Kulturrevolution“ auf Teile der Jugend im Westen inspirierend wirkte (96f.).

Im Zusammenhang mit den neuen Entwicklungen, so der wissenschaftlich-technischen Revolution, den sozialen Strukturveränderungen sowie dem Wertewandel habe auch die Problematik der „Entfremdung“ ein größeres Gewicht erhalten, worauf Bollinger mehrfach Bezug nimmt. Entfremdung wirkte bekanntlich auch in den sozialistischen Ländern, was jedoch offiziell in der Praxis nicht zur Kenntnis genommen und in der Theorie als unmarxistisch kritisiert, nur von kritischen Intellektuellen thematisiert wurde, wovon die Kafka-Konferenz 1963 in der CSSR zeugte.

Im Westen entstand bereits in der ersten Hälfte der 60er Jahre die so genannte Neue Linke, die sich als unkonventionell marxistisch („westlicher Marxismus“), als antikapitalistisch und antiimperialistisch verstand und im Unterschied zum sowjetischen einen anderen Sozialismus als Ziel formulierte. Ideologisch nicht einheitlich war sodann im Jahre 1968-69 die Protestbewegung der Jugend, vor allem der Studenten, mit ihrer antiautoritären Ausrichtung, ih-

ren emanzipatorischen Ideen, ihrem Generationskonflikt usw.

Große Aufmerksamkeit widmet Bollinger den Entwicklungen in den europäischen sozialistischen Ländern in den 60er Jahren, die in besonderem Maße einem Reformzwang ausgesetzt waren. Er durchbricht hierbei die in Publikationen verbreitete Sichtweise, sich auf die UdSSR-Ereignisse zu fokussieren und dabei vor allem die gegen die bestehenden sozialistischen Ordnungen gerichteten politisch-ideologischen Aspekte ins Feld zu führen. Die keineswegs zu unterschätzenden Reformbestrebungen in der DDR unter Walter Ulbricht im Verlaufe der 60er Jahre bleiben meistens unbeachtet.

Bollinger benennt eine Reihe von Hemmnissen, von Problemfeldern, die den Reformfordernissen im Sozialismus entgegenstanden und demnach generell die anstehenden Reformen „belastet“ hätten: Der verkündete Sieg des Sozialismus sei mehr ein machtpolitischer, aber keinesfalls ein hegemonialer gewesen; für Veränderungen im Machtssystem wäre eine allmächtige Partei mit ihrem Wahrheitsmonopol und einer paternalistisch und patriarchal funktionierende Demokratie kontraproduktiv gewesen; ungelöst wäre die Frage, wie das Wirtschaftssystem hätte ausgerichtet sein müssen, um die Verbindung der Bevölkerung mit der eigenen Ordnung zu sichern und zugleich der Systemkonkurrenz standzuhalten. Auf der Tagesordnung standen die Herstellung einer „Symbiose von Plan und Markt“ in der sozialistischen Wirtschaft und somit die Durchsetzung des Wertgesetzes in der Warenproduktion, die

Überwindung der politisch-administrativen, zentralistischen Wirtschaftsleitung usw. (77ff.) Die Suche nach Problemlösungen fand für die UdSSR im so genannten *Richta-Report* und im *Aktionsprogramm der KPC* sowie für die DDR im Programm des *Neuen Ökonomischen Systems* ihren Ausdruck.

Unter diesem Gesichtspunkt sieht Bollinger allen Grund dafür, die Unterschiede in den Reformkonzepten zwischen der UdSSR und der DDR darzustellen. Das *Neue Ökonomische System* in der DDR sei auf die Wirtschaft beschränkt gewesen, was durchaus richtig ist. Doch ist anzumerken, dass Honecker Ulbricht den Vorwurf machte, die Rolle der Partei in den Produktionsbetrieben zurücknehmen zu wollen. Ohne Zweifel war Ulbricht nicht bereit, Experimente hinsichtlich des Machtsystems und der Ideologie zuzulassen, da er einen Machtverlust befürchtete, den er unbedingt verhindern wollte. Doch lassen andererseits verschiedene Maßnahmen darauf schließen, dass Ulbricht die Demokratisierung der sozialistischen Ordnung vorantreiben wollte. Bollinger verweist selbst auf die breiten Diskussionen über die Gesetze des Zivil- und des Arbeitsrechtes, auf die Einführung gesellschaftlicher Gerichte, die Stärkung der ständigen Produktionsberatungen als basisdemokratische Elemente in der Produktion, auf die Bildung eines Systems strategischer Arbeitskreise und anderer Gremien, mit denen Ulbricht die Allmacht des Politbüros einschränkte.

Dennoch, so Bollingers Resümee: „Hinsichtlich der Demokratisierung der Gesellschaft, der Infragestellung einer administrativ-zentralistischen

und in der Praxis administrativ-repressiven Führungsrolle der Partei schieden sich die Geister in Prag und Berlin.“ Zwar seien Wirtschaftsreformen, die eine höhere Effizienz, auch eine gewisse Selbständigkeit der Betriebe und ein nach unten delegiertes Gewinnstreben beinhalten, grundsätzlich möglich gewesen. Nicht möglich hingegen wäre gewesen, die politischen Strukturen mit der letztendlichen Entscheidungsbefugnis der Partei und ihrer Führung anzutasten, was eben in der UdSSR der Fall war. Auch durften „die nationalen Reformversuche... nicht mit den sowjetischen allgemeinpolitischen und geostrategischen Interessen kollidieren...“ Typisch sei der Vorstoß der „Antireformer gegen Ulbricht [gewesen], die sich genau wie Breshnew an dessen Anspruch rieben, das Sozialismuskonzept jenseits der Weisungen Moskaus weiterzuentwickeln...“

Aus dieser Konstellation heraus hätten sich für die Reformbestrebungen in den europäischen sozialistischen Ländern weitreichende Konsequenzen ergeben: „Das Niederwalzen des Prager Frühlings führte eben auch zum Zerschlagen des Reformansatzes in der DDR und einer generellen Verkürzung reformerischer Ansätze auf wirtschaftlichem Gebiet, weil selbst ohne eine tatsächliche Demokratisierung das größere Gewicht der ökonomischen Eigendynamik immer auch eine Infragestellung der Führungsrolle der Partei bedeuten musste, in dem Politbürokraten zumindest durch Technokraten hätten verdrängt werden können.“ (80)

Hier wird ein weiterer Aspekt der „unverstandenen Weichenstellung“

des Jahres 1968 gekennzeichnet: Es wurde allgemein im linken, sozialistischen Kräftespektrum nicht begriffen, dass Ende der 60er Jahre trotz anhaltender, noch immer Euphorie erzeugender Erfolge perspektivisch das Tor aufgebrochen wurde für Erosion und Niedergang des realen Sozialismus im Osten, für eine globale neoliberale Transformation des Kapitalismus im Westen und dass diese beiden Entwicklungen schließlich eine Niederlage aller linken und sozialistischen Kräfte mit sich brachten und diese mit einer neuen „Weichenstellung“ konfrontierten.

Harald Neubert

Raumproduktionen

Bernd Belina/Boris Michel, (Hrsg.), Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography – Eine Zwischenbilanz, Westfälisches Dampfboot, Münster 2007, 307 S., 27,90 Euro;

Uwe Kröcher, Die Renaissance des Regionalen. Zur Kritik der Regionalisierungseuphorie in Ökonomie und Gesellschaft, Westfälisches Dampfboot, Münster 2007, 350 S., 29,90 Euro;

Markus Wissen/Bernd Röttger/Susanne Heeg, Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik, Westfälisches Dampfboot, Münster 2008, 317 S., 29,90 Euro

Die Klage über die „Raumvergesessenheit“ der Sozialwissenschaften zieht sich durch die letzten Jahrzehnte. Zumindest in Deutschland hat dies einen besonderen Grund im Nationalsozialismus, der „das ganze

Vokabular aufgesogen oder doch zumindest kontaminiert“ hat. Die Beschäftigung mit dem „Raum“ war daher nach 1945 fast anrühlich; jahrzehntelang galt es häufig als reaktionär, sich mit dem „Raum“ zu beschäftigen. Mittlerweile erleben die Sozialwissenschaften jedoch einen beispiellosen „Spatial Turn“: Dies schlägt sich in einer mittlerweile nicht mehr überschaubaren Flut von Buchveröffentlichungen zu diesem Themengebiet nieder.

Doch die deutsche Debatte leidet unter der nach wie vor unzureichenden Zugänglichkeit zentraler Texte, die seit den 1970er Jahren vorwiegend in Englisch, teils auch in Französisch erschienen, bis heute aber nicht in das Deutsche übersetzt worden sind: Dies gilt gleichermaßen für Henri Lefebvres 1974 erschienenes Buch „La Production de l'Espace“ wie für David Harveys 1973 erschienenes Buch „Social Justice and the City“.

Zum Schließen dieser Lücke trägt nach einem von Jörg Dünne und Stephan Günzel 2006 herausgegebenen Band mit Grundlagentexten aus Philosophie und Kulturwissenschaften nun eine weitere Veröffentlichung bei: Bernd Belina und Boris Michel sind Herausgeber einer Zwischenbilanz mit Beiträgen der Radical Geography. Es ist der erste Band der mittlerweile drei Bände umfassenden Reihe „Raumproduktionen“.

In der Einleitung zu ihrer Zwischenbilanz der Radical Geography erläutern Belina und Michel, dass ihr Interesse vor allem der spezifischen Rolle gilt, „die Räumlichkeit in sozialen Prozessen gegebenenfalls spielt“ (8). Für sie zeichnen sich Versuche,

„Raum“ in kritisch-materialistischer Theorie zu integrieren, zudem dadurch aus, keine abstrakte Theorie „des Raumes“ formulieren zu wollen; vielmehr werde das Raumkonzept jeweils in Bezug auf die konkrete Problemstellung entwickelt.

Der Sammelband bietet im ersten Teil („Raumtheorie“) eine Auswahl stärker theoretisch orientierter Beiträge: So etwa David Harveys Auseinandersetzung mit der Konstruktion einer historischen Geographie von Raum und Zeit (1990); ein Kapitel aus Neil Smiths Buch „Uneven Development. Nature, Capital and the Production of Space“ (1984); ein Kapitel aus Edward Sojas Buch „Postmodern Geographies“ (1989) und Doreen Masseys Aufsatz „Politik und Raum/Zeit“ (1992).

Der zweite Teil („Raumforschung“) präsentiert konkrete Raumproduktionen und stärker empirische Untersuchungen: unter anderem über Soziale Reproduktion in der privatisierten Stadt (Cindi Katz, 2001), Klassenkämpfe in Baltimore (Andy Merrifield, 2002) oder Ursachen und Folgen der Anti-Obdachlosen-Gesetzgebung in den USA (Don Mitchel, 1997).

Gegenstand der Dissertation Uwe Kröchers – zweiter Band der Reihe Raumproduktionen – ist die Frage, ob die Region für ökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge in der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung an Bedeutung gewinnt, wie von neueren regionalwissenschaftlichen Ansätzen behauptet.¹

¹ Zu diesen Ansätzen zählt Kröcher u.a. Arbeiten über die räumlichen Ballungen von gleichartigen Unternehmen vor allem im „Dritten Italien“, das Konzept regionaler

Als Ergebnis seiner Rekonstruktion verschiedener neuerer regionalwissenschaftlicher Ansätze und ihrer theoretischen und empirischen Kritik, stellt er fest: „Aus den theoretischen und empirischen Überlegungen lässt sich [...] kein genereller Bedeutungsgewinn räumlicher Nähe ableiten, bei dem kleinräumige Produktionsbeziehungen eine Renaissance erfahren.“ (281)

Obwohl die Arbeiten des new regionalism „hauptsächlich in einem progressiv geformten Wissenschaftsmilieu entstanden [sind]“ (282), sind sie dennoch anschlussfähig an neoliberale Konzepte und „fungieren [...] als Steigbügelhalter bei der neoliberalen Wettbewerbsformierung“. (283)

Als dominante Tendenzen für die aktuelle Raumordnungspolitik stellt Kröcher fest, dass die Zunahme „weicher“ Steuerungsinstrumente nicht zum erhofften Machtgewinn der lokalen oder regionalen Ebene führt, sondern der Durchsetzung des neoliberalen Programms von mehr Wettbewerb und Privatisierung dient. Statt auf eine überregional ausgleichende Steuerpolitik wird zunehmend auf den marktwirtschaftlichen Wettbewerb zwischen den Regionen gesetzt.

In diesen Rahmen eingebettet dient die partielle Regionalisierung von Staatlichkeit vor allem „der Durchsetzung marktlicher Steuerungsmöglichkeiten und einer besseren Privatisierung bisher öffentlich organisierter Aufgabenbereiche“. (295)

In der angloamerikanischen Radical Geography wird seit einiger Zeit ü-

ber die räumlich-maßstäbliche Dimension sozialer Konflikte diskutiert. „Es geht darum,“ – so die Herausgeber des Sammelbandes über Politics of Scale² in ihrem Vorwort – „wie Akteure durch skalare Strategien, d.h. durch die Produktion und Veränderung räumlicher Maßstabsebenen Machtverhältnisse zu festigen, zu verschieben oder zu bekämpfen versuchen.“ (7)

Um diese Debatte im deutschen Sprachraum bekannt zu machen, werden im dritten Band der Reihe Vorträge einer Konferenz in Toronto und eines Workshops in Wertpohl bei Berlin dokumentiert.

Aufschlussreich ist die Einleitung von Markus Wissen (Zur räumlichen Dimensionierung sozialer Prozesse), der betont, „dass es sich bei der Schaffung, Abschaffung oder relativen Aufwertung von Maßstabsebenen nicht einfach um räumliche Konflikte, sondern um eine räumliche Dimension sozialer Konflikte handelt“, mit „skalarer Dimension“, also die räumliche Maßstäblichkeit sozialer Prozesse gemeint ist. Zentral auch die Einschätzung, dass solche Prozesse „keineswegs neutrale, sondern zutiefst herrschaftsförmige Prozesse [sind].“ (9) Zum Verständnis der Scale-Debatte sei es daher wichtig, sich die Umkämpftheit und Veränderlichkeit von räumlichen Maßstabsebenen bewusst zu machen.

² Für den Begriff Scale lässt sich im Deutschen nur schwer eine adäquate Übersetzung finden. Er bezeichnet sowohl die einzelne räumliche Maßstabsebene als auch das Verhältnis verschiedener Maßstabsebenen zueinander. In dem besprochenen Band wird deshalb die englische Bezeichnung Scale in vielen Fällen beibehalten.

Produktionscluster oder dem „global city“-Ansatz.

Der Sammelband bietet Raum, um die Annahmen, Kategorien und Ergebnisse der Scale-Debatte kritisch zu überprüfen und weiterzuentwickeln: zunächst aus einer raumtheoretischen Perspektive (mit Beiträgen von Rianne Mahon/Roger Keil, Neil Brenner u.a.); dann indem die Scale-Debatte in Beziehung zu solchen Ansätzen gesetzt wird, die in den deutschsprachigen kritischen Sozialwissenschaften stärker diskutiert werden, also beispielsweise mit dem Poststrukturalismus (Henning Füller/Boris Michel), der Gramscianischen Hegemonietheorie (Ulrich Brand) oder der Regulationstheorie (Christoph Scheuplein). Die empirische Fruchtbarkeit des Scale-Konzeptes wird am Beispiel der Stadt- und Umweltforschung (Matthias Bernt/Christoph Görg) oder der Debatte über die Europäische Union (Susanne Heeg) überprüft. Und schließlich geht es etwa in den Beiträgen von Margit Mayer zu multiskalaren Praxen städtischer sozialer Bewegungen und von Bernd Röttger zur Revitalisierung der Gewerkschaften um die Frage, „inwieweit sich mit dem Scale-Konzept emanzipatorische politische Praktiken besser verstehen lassen und inwieweit das Konzept selbst solche Praktiken befruchten kann“. (25)

Diese kurze Übersicht verdeutlicht, dass die drei Herausgeber Bernd Belina, Boris Michel und Markus Wissen und der Verlag Westfälisches Dampfboot mit den ersten drei Bänden der Reihe Raumproduktionen tatsächlich das angekündigte Forum für kritische Raumforschung bieten. Mit dieser neuen Veröffentlichungsmöglichkeit für die kritisch-

materialistischer Raumforschung verbindet sich die Hoffnung auf eine Intensivierung der sozial- und raumwissenschaftlichen Debatte im deutschen Sprachraum.

Hans Günter Bell

Soziale Gerechtigkeit

Ursula Degner/Beate Rosenzweig (Hrsg.), Die Neuverhandlung sozialer Gerechtigkeit. Feministische Analysen und Perspektiven, VS-Verlag, Wiesbaden 2006, 364 S., 49,90 Euro

Schon der Titel verweist darauf, dass Gerechtigkeit nicht allein als normatives Konzept im Sinne einer „Ordnung der Werte“ zu begreifen ist, als vielmehr im Kontext sozialer Aushandlungsprozesse und -kämpfe. Die Herausgeber stimmen mit der von Nancy Fraser einleitend entfalteten Gerechtigkeitskonzeption überein, die die Dimensionen der Anerkennung, Umverteilung und Repräsentation gleichermaßen zu berücksichtigen versucht. Susanne Lettow arbeitet in Auseinandersetzung mit alternativen egalitaristischen und antiegalitaristischen Positionen das Verdienst Frasers heraus, die Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen soziale Ungleichheit systematisch hervorgebracht wird, mitzudenken. Geteilt wird ebenfalls die Einschätzung, dass Inhalt und Form sozialer Kämpfe umso weniger national sein können, je weniger Keynesianismus in einem Lande möglich ist und je mehr transnationale Akteure mit Konzepten globaler Gerechtigkeit (Regina Kreide) hegemoniale Strukturen der Weltwirtschaft (Friederike Habermann) her-

ausfordern. Die Auseinandersetzung mit Verteilungswirkungen von Governance-Strukturen der Weltwirtschaft und transnationalen Quellen der Ungleichheit ist ein zentraler Bezugspunkt für feministische Analysen zu Gerechtigkeit. So argumentiert Brigitte Young, dass die Weltbank eine Politik der Liberalisierung und Deregulierung von Märkten mit fehlerhaft interpretierten Daten zur Reduzierung von Armut legitimiert, Marktöffnung und Globalisierung aber de facto nicht zu mehr Gleichheit zwischen den Geschlechtern führen. Die Ausweitung ungeschützter und deregulierter Arbeitsverhältnisse von Frauen wird auch von Regina Barendt am Beispiel der Bekleidungsindustrie in mittel- und südosteuropäischen Ländern ausgeführt. Dagmar Baatz und Heidi Schroth thematisieren die Prekarität von Erwerbsarbeit in der deutschen Reinigungsbranche.

Am Beispiel der Armutspolitik zeigt Ruth Lister, dass soziale Gerechtigkeit auf einer Kultur der gegenseitigen Anerkennung und des Respekts beruht – ein Prinzip, das im gesellschaftlichen Umgang mit Armut permanent verletzt wird, indem die Armen gesellschaftlich entwertet, von den Nicht-Armen abgegrenzt und zu „dem Anderen“ gemacht werden. Auch in anderen Beiträgen werden Klasse, Rasse und Geschlecht immer wieder als Hauptachsen der Ungleichheit begriffen, ihre gesellschaftlichen Konstitutionsprozesse aber bleiben nebulös, der Zugang häufig schablonenhaft. Lister ist die einzige, die Betroffene direkt zu Wort kommen lässt und sie ihre Kritik an einer ungerechten und ent-

würdigenden Behandlung als „Arme“, sei es in den Massenmedien oder auf den Fluren der Sozialbehörden, formulieren lässt. Sie löst damit als einzige Autorin ein, was im Rahmen der Beiträge immer wieder eingefordert wird – nämlich Konzeptionen von Gerechtigkeit ausgehend von der Perspektive von Betroffenen zu reflektieren. Clarissa Rudolph und Helga Ostendorf kritisieren ebenso wie weitere Beiträge (Sigrid Leitner, Maria Wersig u.a.) das Fehlen einer eigenständigen Existenzsicherung für Frauen in der aktuellen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Dabei kritisiert Ostendorf mit dem Konzept der Stratifizierung, dass Frauen aus sozial abgesicherten Schichten mit höheren Einkommen auf die Absicherung durch den Ehepartner verwiesen werden und damit von beruflichen Reintegrations- und Qualifikationsmaßnahmen ausgegrenzt werden. Frauen aus unteren sozialen Schichten werden zur „Ein-Euro-Zwangsarbeit“ verpflichtet, haben aber Ansprüche auf mehr oder weniger qualifizierende Maßnahmen: „Die Frauen, die aufgrund ihrer vorhandenen Qualifikation das Potenzial hätten, sich für wachsende, anspruchsvolle Tätigkeitsbereiche zu qualifizieren, werden in die Familienarbeit verwiesen. Diejenigen aber, die schwerlich für derartig anspruchsvolle Tätigkeiten ausgebildet werden können, bilden die Klientel für Qualifizierungsmaßnahmen“ (272). Die Verfasserin verfällt hier in eine Art „Mittelschichts“-Feminismus, denn gerade für die informationstechnologische Produktionsweise besteht die Herausforderung darin, allen immer wieder von Neuem Bildungschancen

zu ermöglichen, über den gesamten Lebenszyklus hinweg. Dies gilt insbesondere für Bildungsbenachteiligte, die eine zweite oder dritte Chance im Lebensverlauf zur Gewinnung von Selbständigkeit benötigen. Heike Kahlert hebt denn auch positiv die Offenheit des dynamischen, an Lebenschancen orientierten Konzepts von Gleichheit bei Giddens für die Zielsetzung der Geschlechtergerechtigkeit heraus. Im Gegensatz zur verbreiteten Wahrnehmung von Chancengleichheit als neoliberalen Konzept, das lediglich Startbedingungen in den Blick nimmt, aber weitere Umverteilungen ausschließt, betont Kahlert Übereinstimmungen und Überschneidungen von Giddens Ausführungen zur Chancengleichheit mit Frasers Modell der dreidimensionalen (Geschlechter-)Gerechtigkeit. Richtig ist daran, Chancengleichheit nicht in einen falschen Widerspruch zur verteilenden Gerechtigkeit zu bringen, sondern sie als eine mögliche Umsetzung der Idee verteiler Gerechtigkeit zu interpretieren. In diesem Sinne ist ökonomische Umverteilung notwendig, um eine Angleichung von Chancen herzustellen. Die Deckungsgleichheit von Fraser und Giddens ist allerdings fraglich, mit Bezug auf die Frage, wie viel Gleichheit Giddens „dynamisch verstandener Egalitarismus“ enthält, der lediglich Phänomene der Exklusion am oberen und unteren Rand der Gesellschaft als Herausforderung an eine gerechte Ordnung thematisiert. Unklar bleibt, welchen Umfang an Umverteilung dies konkret impliziert oder ob Gerechtigkeit im Sinne eines Suffizienz-Prinzips absolut durch einen bestimmten Mindeststandard für

Bedürftige bestimmt ist.

In Bezug auf Geschlechterpolitik zeichnet der Band ein Bild, das von Skepsis gegenüber institutioneller Politik geprägt ist: Gender Mainstreaming als geschlechterpolitische Strategie der Europäischen Union hat nach Ines Hofbauer und Gundula Ludwig ein emanzipatorisches Potenzial, wird aber in der Umsetzung häufig auf die Verbesserung weiblicher Humanressourcen und die Erhöhung von Zugangschancen zum Arbeitsmarkt durch den Ausbau von Betreuungsangeboten reduziert. Birgit Riegraf beschreibt am Beispiel der neuseeländischen Verwaltungsmodernisierung das Spannungsverhältnis zwischen marktgetriebenen Steuerungsformen des New Public Managements und normativen Zielen wie der Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit. Dabei zeigt das Beispiel Neuseeland die Gefahren einer ausschließlichen Orientierung an marktwirtschaftlichen Kriterien: Gleichstellungspolitik gerät unter ökonomischen Rechtfertigungsdruck, sie wird zu einer dezentralen Angelegenheit und in einem unübersichtlichen Feld mit vielen neuen staatlichen und halbstaatlichen Akteuren können die Adressaten von Gleichstellungspolitik schwieriger festgemacht werden. Für eine gelungene feministische Politik stehen nach Regina-Maria Dackweiler die zwei Frauenweltmärsche (2000 und 2005), deren Schwerpunkte die Forderung nach Armutsbekämpfung (für die Dimension der ökonomischen Verteilungsgerechtigkeit) und der Kampf gegen Gewalt (für eine Politik der Anerkennung im Sinne der körperlichen und seeli-

schen Unversehrtheit als Basis für die Selbstachtung) waren. Darüber hinaus überwinden die Frauenweltemärche mit ihrem transnationalen Organisations- und Aktionsrahmen im Sinne Frasers eine „falsche territorialstaatliche Rahmung“ (44) und stehen exemplarisch für eine dritte Phase transnationaler feministischer Politik der Repräsentation.

Dagmar Vinz

Brasilien – eine Führungsmacht des Südens?

Stefan Schmalz, Brasilien in der Weltwirtschaft. Die Regierung Lula und die neue Süd-Süd-Kooperation, Westfälisches Dampfboot, Münster 2008, 309 S., 29,90 Euro

Die auf einer Dissertation des Autors beruhende Arbeit will eine „umfangreiche Analyse der Außenwirtschaftspolitik der Regierung Lula“ leisten, wobei als Triebkraft der Veränderungen die Wechselwirkung zwischen nationalen und internationalen ökonomischen Strukturen und den damit verbundenen gesellschaftlichen Kräften untersucht wird (13). Was die internationalen Strukturen und Entwicklungen angeht, so fällt die Darstellung sehr ausführlich aus, das Buch leistet hier weit mehr als eine Analyse der brasilianischen Außenwirtschaftspolitik. So ist z.B. die prägnante Darstellung der WTO-Problematik ein echtes ‚Highlight‘ des Buchs. Dagegen werden die nationalen brasilianischen Kräftekonstellationen und deren Entwicklung zwar beschrieben, die Rückführung der außenwirtschaftlich relevanten gesellschaftlichen und politischen

Prozesse auf die Struktur und die Veränderungen der brasilianischen Produktionsweise fällt aber vergleichsweise knapp aus.

Dies dürfte auch der Tatsache geschuldet sein, dass der Autor in der Tradition von Wallersteins Weltsystemtheorie argumentiert, ohne diese Position allerdings unkritisch zu übernehmen. Die Weltsystemtheorie, so der Autor in seinem einleitenden theoretischen Kapitel, „stützt sich auf die Annahme, dass ökonomische Prozesse und Politik nur im globalen Rahmen zu verstehen sind“ (Wallerstein zufolge spätestens seit dem 16. Jahrhundert) (29). Mehr oder weniger stillschweigend wird dabei unterstellt, dass die globalen Strukturen die nationalen Entwicklungen determinieren, und nicht umgekehrt. Dem Autor ist bewusst, dass die damit verbundene Hierarchisierung der Weltökonomie in Zentrum, Semiperipherie und Peripherie problematisch ist, wenn sie verallgemeinert wird (28) – ein Problem, das hier dadurch umgangen wird, dass er sich nur auf Lateinamerika bezieht. Damit wird allerdings der ganze Weltsystemansatz fragwürdig – denn dass die konkrete Analyse eines Landes oder einer Region immer das Wechselverhältnis von globalen und nationalen ökonomischen Bedingungen einbeziehen muss, ist schließlich eine Binsenweisheit. Was die Kategorie der „Semiperipherie“ – zu der Brasilien demnach gehört – da noch bringen soll, ist durchaus fraglich. Auch wenn die vom Autor im ersten Kapitel geführte Debatte über Weltsystemtheorie und Regulationsweise für sich genommen informativ ist, so erscheint sie dem Rezensenten für den

weiteren Gang der Untersuchung und dessen Verständnis aber nicht notwendig. Die im Folgenden präsentierte und empirisch gut fundierte Darstellung der brasilianischen Wirtschaft im Kontext der Weltökonomie kommt durchaus ohne diesen theoretischen Rahmen aus.

Im zweiten Kapitel wird die brasilianische Außenwirtschaftspolitik im 20. Jahrhundert nachgezeichnet, wobei der Autor diese im Zeitraum 1930-1989 mehr oder weniger als Ausfluss einer „nationalstaatszentrierten Entwicklungsweise“ interpretiert. Dabei gab es einen zentralen Widerspruch: Die „protektionistische Importsubstitutionspolitik“ Brasiliens wurde schon früh extern, d.h. durch Auslandsinvestitionen, finanziert (217). Zu einem tiefen Umbruch der Außenwirtschaftspolitik kam es erst in den 1990er Jahren, mit dem Übergang zur „weltmarktorientierten und finanzmarktdominierten Entwicklungsweise“ (82). Die damit einhergehende Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse in Brasilien schildert Schmalz in seinem dritten Kapitel als Etablierung eines „Duopols aus finanzmarkt- und exportorientierten Kapitalfraktionen“ (87). Dass es ausgerechnet in dieser Periode zu einem Erstarken und schließlich (2002) zum Wahlsieg von Lulas Arbeiterpartei kam, erklärt Schmalz – neben anderen Faktoren – mit der Tatsache, dass es gelang, Teile des durch die einseitig an den Interessen des exportorientierten Agrobusiness und des Finanzmarktes benachteiligten Großbürgertums in Lulas Regierungsprojekt einzubinden (102). Gegen die „neoliberale Achse“ steht eine „sozial-keynesianische

Achse“ aus Teilen des Industriekapitals, der Mittelschichten und linker sozialer Bewegungen (116).

Das vierte Kapitel diskutiert die Frage der externen Spielräume für eine autonome brasilianische Außenhandelspolitik. In diesem Zusammenhang gelingt dem Autor u.a. eine außerordentlich informative Darstellung der Transformation des GATT zur WTO und des damit verbundenen Versuchs, die angestrebte Liberalisierung des Außenhandels als Hebel zur internationalen rechtlichen Absicherung der Dominanz des privaten Kapitals zu nutzen. Bei den WTO-Verhandlungen geht es demnach um wesentlich mehr als um Handel: Die Rechte von Regierungen, nationales gegenüber internationalem Kapital zu Entwicklungszwecken zu bevorzugen und transnationale Konzerne mittels politischer Auflagen in nationale Entwicklungsvorhaben einzubinden, sollen eingeschränkt, die Dominanz privaten Kapitals gegenüber der politischen Ebene soll unumkehrbar festgeschrieben werden. Würden die WTO-Blütenträume reifen, könnten im Ergebnis transnationale Konzerne die Regierungen ihrer Gastländer verklagen, wenn sie z.B. bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nationale Unternehmen bevorzugen (138). Dadurch würden – so Schmalz – „die Möglichkeiten der Staaten in der (Semi-)Peripherie massiv eingeengt, eine eigenständige Industriepolitik durchzuführen, ... das WTO-Regime führt zur Verrechtlichung von Abhängigkeitsstrukturen.“ (140). Allerdings ist hinzuzufügen, dass dadurch auch in den Zentren die Möglichkeiten z.B. aktiver Beschäftigungspoli-

tik eingeschränkt würden – es geht also nicht bloß um eine Verrechtlichung von internationalen Abhängigkeitsverhältnissen, sondern auch darum, die marktradikale Variante der kapitalistischen Produktionsweise weltweit (auch in den Zentren) zu ‚verrechtlichen‘, d.h. gegenüber politischen Veränderungen zu immunisieren.

Dargestellt wird weiter, wie sich die Regierung Lula in den Verhandlungen der WTO verhalten hat – wobei sie in vielen Fragen als Sprecher der Interessen des Südens aufgetreten ist. Allerdings schränkt Schmalz ein: „Demnach hatte sich die brasilianische Regierung auf die Reorganisation der Kräfteverhältnisse in der WTO beschränkt, ohne jedoch die Funktionslogik des WTO-Regimes zu verändern.“ (151) Interessant in diesem Kapitel auch die Darstellung der gesamtamerikanischen Integrationsprozesse zwischen dem Mercosur einerseits und der von den USA angestrebten panamerikanischen Freihandelszone ALCA andererseits. Die Regierung Lula, so Schmalz, orientiere sich verstärkt auf das Mercosur-Projekt (178), wobei auch klassische brasilianische „Regionalmachtsambitionen“ (181) eine Rolle spielen. Hier werden durch den Beitritt des ressourcenreichen Venezuela derzeit die Karten neu gemischt, die Dominanz Brasiliens wird einerseits eingeschränkt, andererseits verbessert sich die Ressourcenausstattung des südamerikanischen Regionalprojekts. Im letzten großen Kapitel schildert der Autor den finanzpolitischen Spielraum Brasiliens, der beim Machtantritt Lulas durch Überschuldung, eine interne Hochzinspolitik

und einen ständigen Ressourcenabzug im Rahmen von Profit- und Zinstransfers stark eingeengt war. Die externen Bedingungen Brasiliens waren beim Regierungswechsel 2002 fragil und wenig günstig für einen Politikwechsel. Lula riskierte nicht den Bruch mit dem finanzmarktdominierten Entwicklungsmodell, es gelang ihm aber in der Folge, begünstigt durch eine für Brasilien vorteilhafte internationale Konjunktur-entwicklung („Lula hatte ... ‚Fortuna‘ auf seiner Seite“, 247), den Spielraum des Landes zu erweitern: „Bis dahin bleibt unverkennbar, dass sich der finanzmarktvermittelte Ressourcentransfer unter günstigeren Rahmenbedingungen fortsetzt, aber einen Formwandel hinter sich gebracht hat.“ (240)

In zwei kurzen Schlusskapiteln, wobei eines die aktuelle Entwicklung in der zweiten Amtsperiode der wiedergewählten Regierung Lula bis Juli 2007 skizziert, bemüht sich Schmalz um eine differenzierte Antwort auf die Frage: „Haben sich in Brasilien Keimformen einer veränderten Entwicklungsweise herausgebildet?“ Ohne diese Frage definitiv zu beantworten, wird darauf hingewiesen, dass es – bei für Brasilien insgesamt günstigeren außenwirtschaftlichen Verhältnissen – zu deutlichen Akzentverschiebungen im Sinne einer „global governance von links“ (247) gekommen sei, ohne dass diese Konstellation aber stabil ist. Immerhin: „Es herrschen günstige Konditionen für eine Trendwende vor“, meint der Autor, und die jüngere Entwicklung scheint dafür zu sprechen, dass die „sozial-keynesianische Achse“ (251) auch in Lulas zweiter

Amtsperiode bestimmend bleiben wird.

Schmalz hat eine außerordentlich spannende und informative Arbeit vorgelegt, die neben der Analyse der brasilianischen Außenwirtschaftspolitik manche Einsichten in internationale Prozesse wie die WTO-Verhandlungen und den amerikanischen Integrationsprozess bringt. Darüber hinaus wirft seine Darstellung der Regierungspolitik Lula interessante grundlegende Fragen hinsichtlich der Spielräume für alternative nationale wirtschaftspolitische Orientierungen in einem finanzmarktdominierten internationalen Umfeld auf, die auch für andere Länder wie z.B. Südafrika von Interesse sein könnten. Das Beispiel Brasilien zeigt, dass solche Spielräume existieren, selbst für hochverschuldete und abhängige Länder.

Kritisch könnte man anmerken, dass die Darstellung der Rolle der USA in Lateinamerika etwas sparsam ausfällt. Dass und warum Lateinamerika gegenwärtig einen „Niedergang der US-amerikanischen Hegemonie“ erlebt bzw. wie dieser sich konkret vollzieht (247), würde man gerne ausführlicher dargestellt haben. Verbessern könnte man auch – bei einer etwaigen aktualisierten Neuauflage – die Lesbarkeit des Buchs durch einen kurzen Tabellenanhang, sodass die vielen im Text aufgeführten Zahlen und Quellenverweise etwas reduziert werden könnten.

Jörg Goldberg

Organizing

Ulrich Brinkmann/Hae-Lin Choi/ Richard Detje/Klaus Dörre/Hajo Holst/Serhat Karakayali, Strategic unionism, Aus der Krise zur Erneuerung? Umrisse eines Forschungsprogramms, VS Verlag, Wiesbaden 2008, 181 S., 19,90 Euro

Wenn es in der deutschen sozialwissenschaftlichen Debatte um die Zukunft der Gewerkschaften geht, wird nicht selten ein fatalistischer Tonfall angeschlagen, der die Gewerkschaften in einem unaufhaltbaren Niedergangsprozess gefangen sieht. Und tatsächlich sind die Krisenphänomene, etwa in Form eines stetigen Mitgliederückgangs oder der zunehmenden Erosion von Tarifverträgen, nicht zu übersehen.

Die AutorInnen von *Strategic Unionism* wenden sich gegen diesen wissenschaftlich diagnostizierten Niedergangsautomatismus und wollen auf Gegenteilstendenzen und Handlungsspielräume aufmerksam machen, die sich – trotz Krise – für die Gewerkschaften ergeben. In Anschluss an die im angelsächsischen Sprachraum entwickelten Labor Revitalization Studies (LRS) plädieren die VerfasserInnen für einen eigenständigen Forschungszweig, der sich insbesondere mit dem Aufspüren und der Analyse innovativer Praktiken beschäftigen soll, die für eine Erneuerung der Gewerkschaften von Bedeutung sein können.

Den interessantesten Ansatz sehen die AutorInnen in einer weit gefassten Organizing-Konzeption, „die explizit auf eine Kombination von Inhalten (Priorität von Gerechtigkeitsthemen gegenüber wirtschaftlicher Effizienz), organisatorisch-politischer Formen

(direkte Mitgliederpartizipation) und Methoden (Kampagnenorientierung, Bündnispolitik etc.) abstellt.“ (109). Organizing lässt sich in dieser weit gefassten Konzeption also keinesfalls als bloße Strategie der Mitgliederergewinnung verstehen, sondern erfordert vielmehr eine „weit reichende Transformation“ (17) der Gewerkschaften. Zentrale Bedeutung haben in diesem Zusammenhang die Beziehungen zwischen Gewerkschaftsbasis und Funktionären. Organizing zielt darauf, „eine primär passive Repräsentation aufzubrechen und die Gewerkschaftsmitglieder z.B. auf der Betriebsebene aktiv in das System der Interessenvertretung zu integrieren ...“ (79). Nur die stärkere Einbeziehung der Gewerkschaftsmitglieder in Entscheidungsprozesse könne letztlich zu einer größeren Identifikation mit der Gewerkschaft führen und so auch neue Aktivisten hervorbringen.

Ein weit gefasster Organizing-Begriff berührt auch die inhaltliche Ausrichtung von Gewerkschaften: Ist das gewerkschaftliche Handeln eher auf Konflikt oder auf Sozialpartnerschaft und Kooperation ausgerichtet? Grundsätzlich plädieren die AutorInnen für einen Strategiemix, da die Festlegung auf einen Ansatz andere potenzielle Machtquellen ungenutzt ließe. Es wird allerdings zu bedenken gegeben, dass die derzeitige Schwäche der Gewerkschaften kaum mit einem sozialpartnerschaftlichen Ansatz begegnet werden könne, weil die korporatistischen Basiskompromisse auf Seiten von Politik und Kapital immer mehr in Zweifel gezogen würden (67). Da Sozialpartnerschaft letztlich auf einem relativen Machtgleichgewicht zwischen Kapital und

Arbeit beruhe, gelte es zunächst, die dezimierten Machtressourcen der Gewerkschaften zu stärken. In dieser Hinsicht seien die kooperativ-wertschöpfungsorientierten Ansätze der letzten Jahre (Co-Management, Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit) „vorerst gescheitert“ (29). Um die gravierenden Machtungleichgewichte zwischen Unternehmen und Arbeitenden wieder auszugleichen, bedürfe es stattdessen einer konfliktorientierten Ausrichtung, die sich anstelle von wirtschaftlichen Effizienzkriterien auf Gerechtigkeitsfragen zu konzentrieren habe. Derartige Ansätze firmieren in den USA unter dem Label Social Movement Unionism und werden u.a. von der Dienstleistungsgewerkschaft SEIU vertreten, die auf diesem Weg erfolgreich in gewerkschaftlich schwach organisierte Branchen (wie dem Reinigungswesen) interveniert hat (87). Die von der SEIU initiierte „Justice for Janitors“-Kampagne ist somit auch ein Beispiel dafür, dass Gewerkschaften in Branchen, die lange Zeit als unorganisierbar galten, Erfolg haben können. In diesem Sinne entspricht die SEIU-Kampagne dem Anspruch eines weit gefassten Organizing-Konzeptes, das für sich beansprucht über die stärkere Einbeziehung von Frauen, MigrantInnen und atypisch Beschäftigten weit über die traditionellen Kernbereiche gewerkschaftlicher Mitgliederbasis hinauszugehen (101f.).

Mit Strategic Unionism ist es den AutorInnen gelungen, eine nüchterne Analyse der gewerkschaftlichen Krise zu liefern ohne dabei einem Untergangsautomatismus das Wort zu reden. Stattdessen werden mit Ver-

weis auf die Forschungsergebnisse der Labor Revitalization Studies handlungsstrategische Alternativen aufgezeigt, die wichtige Impulse für die Debatte um die Erneuerung der Gewerkschaften in Deutschland liefern können. Die inhaltliche Schwerpunktlegung auf eine weit gefasste Organizing-Konzeption macht – zumindest wenn man die These der zunehmend in Bedrängnis geratenen institutionellen Macht der Gewerkschaften teilt – durchaus Sinn. Strategisches Organizing führt den Kampf um die Köpfe an der Gewerkschaftsbasis und ermöglicht damit, verloren gegangene Machtressourcen zurückzugewinnen. Wenn Hans-Jürgen Urban in seinem Vorwort befürchtet, dass es bei einer Orientierung auf Organizing zu einer Vernachlässigung der institutionellen Machtpotenziale kommen könne, ist ihm mit den VerfasserInnen des Bandes entgegenzuhalten, dass eine solche Befürchtung dahin tendiert, „die institutionelle Robustheit des deutschen Systems organisierter Arbeitsbeziehungen noch immer zu überschätzen. Das ist problematisch, weil die Krise gewerkschaftlicher Repräsentation auch in Deutschland einen kritischen Punkt erreicht hat, an dem anhaltende Mitgliederverluste in eine irreversible Schwächung institutioneller Arbeitermacht umzuschlagen drohen.“ (115).

Oliver Thünken